

Die "Volkswacht"
erscheint täglich Nachmittag außer
Sonntag und ist durch die
Expedition, Neue Gravenstr. 5/6,
durch die Post und
durch Colporteur zu beziehen.
Preis vierpfenniglich Mr. 2.50,
pro Woche 20 Pf.
Postleitzahl Nr. 7789.

Telephone
Nr. 451.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werthäfige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Inseritionsgebühr
beträgt für die einspalzige
Zeitung oder Raum
20 Pfennige, für Versammlungs- und
Veranstaltungs-Anzeigen
10 Pfennige.
Inserate für die nachst. Nummer
müssen bis Mitternacht 10 Uhr in der
Expedition abgegeben werden.

Telephone
Nr. 451.

Nr. 48.

Montagabend, den 25. Februar 1899.

10. Jahrgang.

Politische Übersicht.

Caprivi-Briefe.

Das "Berliner Tageblatt" veröffentlicht eine Anzahl Briefe des zweiten Reichskanzlers an einen Redakteur, die wieder die einschlägliche Erscheinung des Mannes sympathisch hervortreten lassen — eine wahre Erholung nach dem dreißigjährigen Geniekultus der grundsätzlichen Gewaltpolitik.

Heute das Bismarckthum schreibt er am 25. Februar 1895: Ein nicht unerheblicher Theil meiner Motive hatte Bezug auf den zweiten Bismarck, und ich darf so viel wohl Ihnen gegenüber aussprechen, daß ich bei aller Anerkennung des Glanzes seiner Person und unserer Heldenzeit, schon ehe ich Kanzler wurde, erkannt zu haben glaubte, wie schwere Schäden die Reaktion jener glänzenden Medaille zeigte. Der Nation bedürftig zu sein, daß sie, ohne an den neu gewonnenen nationalen Gütern Schaden zu leiden, in ein Alltagsdasein zurückkehre, in dem sie alle Tugenden wiederhände, schien mir das nächste, vorausichtlich nur im Laufe der Jahre zu erreichende Ziel. Fürst Bismarck hatte, wie ja schon oft ausgesprochen ist, die innere Politik mit den Mitteln der äußeren geführt, und die Nation war in Gefahr, ihren sittlichen Standard sinken zu lassen.

Dieses Urtheil des zweiten Reichskanzlers über seinen Vorgänger gibt in einem Satz die Entwertung wieder, die einst die Geschichte in noch schärferer Form dem großen Kulturoberer wiederkommt. Die Nation war nicht nur in Gefahr, sondern sie ist — sowohl das Bürgerthum reicht gesunken, gesunken bis zu den Grimassen des militärischen Prudalismus.

Caprivi hat ein klares Gefühl dafür gehabt, daß seine reinliche Lebensauffassung in dem verfeuchten Klima einer sich genialisch dunkenden Verderbnis nur Hass erregen mußte. Dieser "Durchschnittsmensch", dieser "Unteroffiziersstaat" stand weit einsamer als der Heros von Friedrichsruh, dessen Stärke die geistreich spielende Trivialität war, und darum dem verständnisvollen Anstaunen beschränkter Köpfe des gebildeten Volks, der Massen der Massenfeinde, reichlichsten Stoff darbot. Am 26. Februar 1896 schreibt Caprivi wehmüthig:

Es ist schwer, im Handeln auf Zustimmung dieser, für die man handelt, verzichten zu müssen, schwerer noch, im Alter von den Kreisen, mit denen man durch ein langes Leben zusammengegangen ist, getrennt zu werden, am schwersten aber mit gebundenen Händen der öffentlichen Würdigung ausgestellt zu werden und zu geben, wie das, was man zum Besten des Staates geschaffen zu haben glaubt, wieder eingerissen wird.

Heimlich ein Jahr später: So freundliche Glückwünsche von einem politischen Gegner zu erhalten, ist für mich um so wohltuender, als ich durch diejenigen, denen ich meiner ganzen Lebensanschauung nach früher nahe stand, nicht verhöhnt werde. Ich habe manche sehr liebe Beziehungen aufgegeben müssen, um den Überzeugungen, die ich mir erst als Reichskanzler möglich erwarb, treu bleiben zu können. Das dies gerade mein Schicksal sein würde, habe ich nicht vorhersehen können, aber ich habe es am letzten Abend, den ich in Hannover unter meinen Kameraden verbrachte, aufgezögert, ich wäre mir darüber klar, daß ich schließlich von dem Glanz und dem Schimmer nichts behalten würde als die Nüsse und die Schmerzen und wofür wir uns halten in unserem Herzen. Ich bin mit diesem Trost des Wallenstein'schen Käfflers einverstanden, das ist Soldatenstiel. Ich glaube, ich bin meinem Könige und mir selbst treu geblieben, diesen Glauben kann mir Niemand nehmen, im Uebrigen mag die Welt denken und sagen, was sie will.

Im März 1898 lehnt es Caprivi, wie er es auch in dem neulich veröffentlichten Schreiben an Prof. Schneidewin hat, mit aller Entschiedenheit ab, sich selbst direkt oder indirekt eine literarische Ehrerettung zu setzen:

Es ist und bleibt falsch, und auch das abweichende Beispiel eines großen Mannes ändert daran nichts, wenn frühere Offizielle

und Beamte gegen eine Regierung, unter der sie gedient haben, öffentlich austreten. Denn daß mein Zustreten, ob ich wollte oder nicht, als gegen die jeweilige Regierung gerichtet angesehen werden würde, ist mir zweifellos; meine politischen Gegner würden gewiß unschwer die Mittel finden, es dahin zu bringen. Daran würde es wenig ändern, wenn ich meine persönliche Einwirkung auf die Schrift so wenig wie möglich herdorften ließe. Und was liegt daran, ob ich verfehlert, ja beschimpft werde, ob mein Bild verdeckt auf die Nachwelt übergeht, wenn man mir nur den Ruf eines anständigen Mannes, eines heldlosen Parteiisten nicht nehmen kann? Und auch wenn ich selbst garnicht die Feder einschlage, würde ich nicht sicher sein, in die garstigen Kämpfe, die voraussichtlich mit den nächsten Wahlen verbunden sein werden, verhindern hineingezogen zu werden? Ich würde die Ansichten die ich als aktiver Staatsmann vertreten habe, nicht aufgeben wollen und können, ob ich aber jetzt, wo ich noch als General à la suite geführt werde, die Rechtfertigung hätte, für die Handelsverträge zu schreiben, kann zweifelhaft sein. Und was würde ich denn leisten können? Ich bin schnell geziert.

Er erwähnt in diesem Briefe auch, daß er seine persönlich geschriebenen Notizen, Auszüge aus Büchern, Gedächtnishilfen bei seinem Ausscheiden habe zerstreuen lassen, um nicht etwa einem Armin-Prozeß oder dergleichen in die Hände zu fallen.

Der Hof der Junker und ihrer publizistischen Hörigen, der Caprivi bis über's Grab hinaus verfolgte, wird immer klarer. Vielleicht erschütte auch Bismarck nicht nur der Groß, daß Caprivi ihn "verdrängt" hatte, sondern auch der unbewußte Neid gegenüber der sittlichen Persönlichkeit.

Das Dresdener Urtheil im Reichstage.

Kein bürgerliches Blatt kann sich dem Eindruck entziehen, daß die Verhandlungen des Reichstags über das Dresdener Urtheil zu einer vernichtenden Verurtheilung desselben geworden ist und der Sozialdemokratie einen vollen moralischen Erfolg verschafft hat. So läßt sich die ultramontane "Sclaf. Volkszeitung", der man gewiß nicht die allergeringste Vorliebe für die Sozialdemokratie nachsagen kann, aus Berlin schreiben:

„Herr v. Stumm hatte es ja nicht abwarten können, bis die Sozialdemokratie das Dresdener Urtheil zur Sprache brachten, und darum selbst davon angefangen. Der gute Freiherr befand sich in dem naiven Glauben, diese scheuten sich, von der Sache zu reden. In Wirklichkeit lag die Sache so, daß die Sozialdemokratie beim Stot des Reichstagsstaats darüber schweigen wollten, um sie bei Bezeichnung des noch immer mit dem Schleier des Geheimnisses umgebenen „Buchthausgeschäfts“ desto eindrucksvoller zu verwirren. Der sozialdemokratischen Sache hat es aber nichts geschadet, daß man den Fall jetzt schon „anknüpft“. Reden, wie die des Freiherrn v. Stumm, der die Unthat nicht schwarz genug ausmalen kann, sie als Mordversuch hinstellt und die schwerste Strafe verhängt, schüren nur die Erbitterung über das Urtheil in Arbeiterkreisen. Sodann aber wird die Rede des Abg. Heine, wie im Reichstage, so auch draußen in nicht sozialdemokratischen Kreisen nicht ohne Eindruck bleiben. Heine ist in Dresden Vertheidiger der Angeklagten gewesen. Natürlich konnte er die große Röthe der That nicht leugnen, aber mit außerordentlicher Geschicklichkeit wußte er auch die entlastenden Momente, die der bekannte Kritzel des "Dresdener Journ.-ls." verschweigt, herzuheben. Schon die Persönlichkeit des Redners wirkte sehr günstig und sympathisch. Man merkt sogar gar nicht, daß man einen Sozialdemokraten vor sich hat. Er spricht gewandt und klar, aber sehr ruhig. Er greift auch Niemand an, nadbt sich die Richter und Geschworenen im Schutz, indem er ihre hohe Stellung anerkennt. Er vertheidigte an der Ausschreitung auch nichts, und dennoch erhält man durch seine Darlegungen doch ein wesentlich anderes Bild von der Sache, als es der Artikel des "Dresd. Journ." bietet. Vergebens bemühte sich der ländliche Generalsanwalt Rüger, den Eindruck von Heine's Rede zu verwischen und den offiziösen Artikel zu vertheidigen; er machte es nur schwächer. Herr Rüger ist ein ehrlicher Herr. Sprache, Dialekt und Organ sind ganz die des berühmten Herrn Ledermann, dessen er auch

im Neueren gleicht. Dabei ist seine "gemütliche" Rede in hollisch so schroff, als stehe der Herr nicht vor dem Reichstag, sondern als halte er vor Gericht sein Blaiboyer, und drohigkeit Szenen und leistet sich Diskta, die verblüffen. Einmal will er in die Rechte des Präsidenten eingreifen, wofür ihn sogar sein Landsmann Dr. von Frege rügen muß. Dann warnt er den Reichstag vor einer "Entgleisung des Parlamentarismus", obwohl ihn Niemand um seinen Rath gefragt hat; am Donnerstag rief er in aller "Gemüthlichkeit" eine sturmische Szene hervor, wie sie der Reichstag sonst jemals erlebt hat. Zum Theil trug zu diesen Szenen auch die Ratlosigkeit des Vizepräsidenten Schmidt bei, der gegen den sächsischen Generalsanwalt und dann auch gegen ihn selbst tobenden Sozialdemokraten nicht Herr zu werden vermochte und schon nach berücksichtigt Muster seinen Hut holen lassen wollte, um symbolisch die Sitzung zu schließen. Nach Herrn Rüger sprach sein Landsmann Abg. Dr. Oertel, der Leiter der "Deutschen Tagesszeitung", auch noch gegen die Sozialdemokratie zur Vertheidigung des Dresdener Urtheils. Herr Oertel redet unheimlich häufig, aber auch sehr inhaltlos. Diesmal prahlte er damit, daß die Sachen "helle" seien. Den Erfolg ihrer "Hellekeit" gegenüber der Sozialdemokratie sehen wir ja daran, daß Sachsen die stärkste Sozialdemokratie hat. Ob Herr Oertel dem Dresdener Schwurgericht einen Gefallen gethan hat, indem er ausführte, weil die Sozialdemokraten sich außerhalb der Verfassung stellten, sei man in Sachsen so "helle", sie auch als außerhalb der Verfassung stehend zu beobachten, möchten wir bezweifeln. Uns in Allem glauben wir, daß die Sozialdemokratie mehr Grund haben werden, mit dem Donnerstag zufrieden zu sein, als die Scharfmacher. Das Dresdener Urtheil ist doch nun einmal hart, zumal wenn man es mit dem Urteil in ähnlichen Fällen vergleicht, wo es sich nicht um Sozialdemokratie handelt."

Herr Rüger's und der von ihm vertretenen sächsischen Justiz Niederlage im Reichstage wird bis in die national-liberalen Kreise hinein *tschalllos* zugegangen. Mit bemerkenswerther Schärfe verurtheilt namentlich die national-liberalen "Berl. Börs.-Ztg." das Auftreten des Herrn Rüger, sie schreibt:

Der "geheime" Regierungsrath Freiherr von Stumm und der öffentliche Ankläger, der sächsische Generalsanwalt Dr. Rüger, tragen die Schuld, daß gestern der Löbtau Prozeß den Reichstag fast fünf Stunden beschäftigte, wobei die Sozialdemokratie wohl einige Überredungen, aber viel mehr Erfolge erzielten, der sächsische Bundesrathesbevollmächtigte aber die Kosten der Verhandlungen aufzuladen erhielt.

In bildreicher Sprache sagt der "Berl. Börs.-Kour.": "Gradnauer und Heine hatten ihre Schlachtkoste gut gesetzt und man gewann den Eindruck, daß sie im Kriegsamt Herrn Dr. Rüger in den Sand geworfen haben. Dr. Rüger gab sich so viele Bilden, daß er wunderbedeckt das Schlachtfeld verließ."

Den konservativen und gesinnungsverwandten Zeitungen und natürlich die Ereignisse im Reichstage sehr unbehaglich, sie drücken sich mit mehr oder weniger Eleganz; darum herum und beobachten eine Ruhe, die unnatürlich wirkt. Das Organ des Bundes der Landwirthe nennt den dramatischen Zusammentreffen zwischen Sozialdemokraten, Dr. Rüger und Vizepräsident Schmidt „einen kleinen Zwischenfall“. Das ist auch eine Ansicht. Die "Berl. Neuest. Nachr." deutet den Herrn Heine wie folgt:

"Der sozialdemokratische Abgeordnete Heine, der Vertheidiger im Löbtau Prozeß, der hier nach das Wort erhielt, erwies sich als ein geschickter Dialektiker und im Vergleich mit der Mehrzahl der sozialdemokratischen Parlamentarier nicht ganz leicht zu nehmender Debattensieger. Eine Abklärung im Ton und die Vermeidung extremer Urtheile, wie sie den Begriffssatz sozialdemokratischer Redner in der Regel bilden, kann ihm nicht abgesprochen werden."

Mehr kann man von einem der Ober-Scharfmacherorgane doch nicht erwarten.

Recht schlecht kommt übrigens auch Herr Reinhard Schmidt, der freimaurige Vizepräsident in der Vertheidigung selbst der freimaurigen Presse davor. Die Berliner "Volks-Zeitung" sagt:

und so soll's bleiben, so lange mir der liebe Gott das Leben schenkt."

Er zitterte am ganzen Leibe, das Antlitz war vor Erregung fahl geworden, und die rechte Hand hatte sich geballt. Karoline war auf ihn zugetreten, um ihn ernstlich zu beschwichtigen. So hatte sie ihn nie gesehen.

Vater, Du gehst zu weit. Du trägst unser Namen... Er dachte an den Diebstahl und wollte sich hinzusetzen, das Wort "ehrlos" zu gebrauchen; aber er bewegte sich. Das furchterliche Geheimnis, um das er allein wirkte, sollte mit ihm zu Grabe getragen werden. So sagte er dann mit erzwungenem Ruhe:

"Das ist nicht zu leugnen; aber er trägt den Namen seines Vaters, nicht seinen eigenen. Und so wenig eine Herde von Hammeln dafür kann, wenn ein räudiger in ihr sich befindet, so wenig kann man es einer Familie zur Last legen, wenn eins ihrer Mitglieder aus der Art geschlagen ist."

Das Ehepaar hörte ein leises Schluchzen. Als sich beide umdrehten, sahen sie Emma, wie sie auf das Sophie niedergesunken war und die Augen mit ihrem Taschentuch bedeckt hielt. Die Meisterin eilte sofort auf sie zu, legte die Arme liebevoll um ihre Schulter und fragte:

"Was ist Ihnen, Fräulein? Sie weinen? Um Himmels willen!"

Statt der Antwort wurde das Schluchzen stärker. Die ganze Gestalt war gepackt von der Erbitterung, die über sie gekommen war. Endlich brachte sie die Worte hervor: „O, lassen Sie mich weinen, es tut mir weh.“

Auch der Meister war nun bestört; trat auf sie zu und sagte so freundlich, als er es in seinem Angesicht vertrug: „Gehen Sie hin, gnädiges Fräulein. Wenn ich Sie durch irgend etwas beleidigt haben sollte, so bitte ich vielmals um Entschuldigung, niemals.

(Fortsetzung folgt.)

Meister Timpe.

Sozialer Roman von Max Kreuzer.

(Fazit vorbereitet)

Wo war Timpe bei Feiertagen sprichwörtlich gewesen? Er blieb liegen, wo die vielen Verbeugungen, die er stets bereit hatte, wenn ein "seiner Besuch", wie er zu sagen pflegte, ihn beeindruckte? Wie er so dastand, die Arbeitsmäuse in der linken Hand, die rechte im Brusttasche seiner Schürze verborgen, war er nur noch der edige, rauhe Handwerker, der, durch den Schenks Verdienst geflacht, eine Genugthuung darin fand, herausfordernd zu erscheinen.

Er hatte die Absicht, kurz und bündig zu erklären, daß er nicht die geringste Gemeinschaft mehr mit "Denen da drüber" haben wolle, als seine getreue Ehefrau, die ihm den Untergang vom Gesichte abgelesen hatte, sich in's Mittel legte.

"Johannes, das Fräulein hat Dir doch nichts gethan, es meint es ja so gut. Wer wird denn einen Glückwunsch prüfend ausspielen", sagte sie vorwurfsvoll. Das miserte seine Röthe.

"Ah so — Sie sind nur gekommen, um uns Ihre Neujahrs-Gratulationen zu überbringen, Fräulein. — Das ändert die Sache — gewiß. Das ist 'was Anderes... Schön'! Aber also, und ich wünsche Ihnen von Herzen dasselbe, trotzdem Sie es wohl gar nicht so nötig haben werden."

Und nun strecke er ihr die Hand entgegen, die sie mit ihrer zart-kämmerter ergreift und herhaft drückt.

Es entstand eine peinliche Pause. Timpe hatte sich dem Fräulein zugewandt, Frau Karoline blieb stumm zu ihm darüber, und Emma glättete mit der Hand den Pelz über's Küss. Sie sah blaß aus; man wußte nicht, ob vor dem Schein des Schnees, der draußen lustig wirbelte, oder von dem kalten Empfange, der ihr hier zu Theil geworden war. Sie

hatte sich sehr zu ihrem Vortheil verändert. Ihre Gestalt war voller geworden und auch ihr Gesicht hatte sich gerundet.

Endlich, als sie vergeblich auf einige weitere Worte des Meisters gewartet hatte, begann sie in der Unterhaltung fortzufahren:

"Verzeihen Sie, Herr Timpe, wenn ich trotz Ihrer Abweisung, von der ich nicht weiß, ob ich sie verdient habe, die Sie mir aber deutlich genug zu verstehen geben, mich nicht gleich entferne. Ich bin aber gekommen, um etwas gut zu machen, und wegen des schweren Unrechts, daß man Ihnen angethan hat, um Verzeihung zu bitten. Für meine Person wenigstens.... Ich bin hier erschienen, um Ihre gute Frau und Sie im Namen meiner Mutter zu unserer Hochzeit einzuladen...."

Vom Fenster her erschallte ein lautes Lachen, das so lächelnd war, daß die Meisterin bestürzt einen Schritt vorwärts trat und Emma erblickte.

"Dachte ich's doch, dachte ich's doch — daß man noch kommen würde, mich obendrein zu verhöhnen. Fühl gegangen, mein gnädigstes Fräulein. Ich sage, fehlgegangen! Alle Hochachtung vor Ihnen — Sie sind eine liebenswürdige Dame, gewiß, das sind Sie. Auch meinen schönsten Dank für Ihre Freundschaft! Aber es ist zu allen Zeiten immer dasselbe gewesen: Ein Vater kann nur von einem Sohne zu dessen Hochzeit eingeladen werden, wenn er einen solchen besitzt. Aber ich, ich habe keinen! Bestellen Sie das gefälligst Ihrer gnädigen Frau Mama. Verfehlen Sie auch nicht: Ich habe keinen Sohn.... Und wenn er selbst hier vor meinen Freunden läge und mit tausend Schwächen es beide, daß ich sein Vater sei, so sage ich ihm ins Gesicht hinein: Da läge... Denn das Blatt, das vom Baume losgetrennt ist, hat keine Gemeinschaft mehr mit dem Stamme. So wahr ich Johannes Timpe heiße und in Ehren grau geworden bin, so ist's

Wohl allgemein wird das Verhalten des Biepräsidenten Schmidt-Oberfeld gerad. Vor Alem wird getabekt, dass Herr Schmidt es nicht für nöthig fand, das Mitglied des Hauses gegen den vom Bundesratsbevollmächtigten erhobenen Vorwurf der Vulpe im Schuh zu nehmen. Aber auch sonst findet sein Verhalten keinen Beifall. Die "Vor. Börsen-Zeitung" wünscht ihm einen "ausfallenden brüderlichen Ton" gegen die Sozialdemokraten vor; der "Börsen-Gour" betont, dass er sich den Stürmern nicht ganz gewahrt gezeigt habe. Das die Linken in der Präsentation gerade des Abg. Schmidt keine gütliche Hand beweisen habe, ist von uns auf Grund der Art der früheren Geschäftsführung des Herrn Schmidt schon wiederholt betont worden. Der Mangel der adäquaten Ruhe und des weltmännischen verbindlichen Tones ist es, der bei Herrn Schmidt unangenehm aussfällt. Man kann in der Sache sehr entschieden und gleichzeitig in der Form sehr vornehm sein, wie dies Herr von Leopold bewiesen hat. Mit einer Schnelligkeit, die in das Grösste ausartet, importiert man nicht im Parlament. Man verschärft dadurch nur die Gegensätze, wie die gefürchtete Verdampfung beweist. Wir wissen, dass in Zukunft die freisinnige Volkspartei aus ihren Reihen einen geschickteren Biepräsidenten auffindet machen werde, der auch zugleich mit mehr Nachdruck die Mitglieder des Hauses schützt. — Das vollständige Schweigen der Freisinnigen in der heutigen Debatte ist zu bedauern. Wüssten sie es immer und ewig der Sozialdemokratie überlassen, dem Empfinden des Volkes Ausdruck zu leihen? Durch diese falsch Enthaltsamkeit bringen die Fraktionen die Partei ununterbrochen in Misstrauen.

Nachweisen des Buchthausprozesses.

Eine Anzahl Arbeiter die, von irgend einem Lumpen bei der Polizei denunziert worden sind, auf einem Buß für die Opfer des Buchthausurtheils gesammelt zu haben, haben von der Amtshauptmannschaft Dresden-Meissner Befreiungen erhalten, die ihnen je sieben Tage Haft zubilligen. Gegen diese erörtert hohe Strafe in richterlicher Entscheid beantragt worden.

Unterm Ausweisungskurs.

Gegen die Entlastung des Flensburger Landgerichtes, wonach die Erhöhung des Güterrichtes gegenüber dem Hofbeamten Clausen-Klingsbeter, der seine Tochter in eine dänische Fortbildungsschule schickte, nicht zu Recht verhängt sei, will der Amtsrichter Dr. Hahn, der das umgestoßene Urteil fallte, das Kammergericht als legitime Justiz anstreben.

Welche Wirkung die Käffereien ausüben, lässt sich daraus ersehen, dass dänisch gesetzte Nordjüdischer einen Demonstrationsmarsch in Dänemark planen. Sie sollen mit dem jüdischen Verein in Södöw wegen eines gemeinsamen Freies aus Seeland verhandeln, das im Sommer abgehalten werden soll. Die Veranstaltung erzieht ebenso albern wie ungern, zeigt aber, was mit der Unterdrückungspolitik erreicht wird.

Zu den Anarchistenverfolgungen.

In Hannover waren vor einiger Zeit eine Anzahl Anarchisten in Untersuchung genommen worden. Die Untersuchung wurde später fallen gelassen. Wie der Hannoverische "Volksville" aber mitteilt, ist sie jetzt wieder aufgenommen worden. Nach einer Mitteilung des Landesrichters an einen Beschuldigten wurde die Voruntersuchung, die inzwischen bereits abgeschlossen ist, wegen Vergehens gegen die §§ 218 und 219 des Strafgesetzes geführt. (Ob es nicht heißen soll: §§ 118 und 119?)

Wer hätte das, sagt der "Volksville", gesehen, dass die "Anarchisten" sich des Verbrechens der "Abtreibung der Leibesfrucht" beschuldigt hätten! Unter solchen Umständen kann man das energische Vorgehen der Polizei nur billigen. Lebhaft durfte der § 218 noch fallen gelassen werden, da dieser doch lediglich die Schwangeren selbst bedroht und so viel uns bekannt, kommen in solche Verfahren doch nicht in Frage. Es scheint dennoch so, als ob die "Anarchisten" aus Gewissenssorge gegen den § 219 gefürchtet haben. Die Sache kann ihnen aber schwer zu liegen kommen, denn der § 218 handelt von dem vollendeten Verbrechen der "Abtreibung" oder der "Tötung" und droht bis zu 10 Jahren Zuchthaus.

Da glaubte nun bisher alle Welt, es habe sich bei den Anarchistenverfolgungen um Geheimhändel, Bomberfabrikation und wer weiß was noch alles gehandelt, und nun stellt sich plötzlich heraus, dass hier ganz andere Delikte in Gang kommen!

Der als Anarchist bekannte Kunsthistoriker Schümller, der in Hannover die Kunstmuseumsschule besuchte, wurde durch Magistratsbeschluss vom Besuch des Instituts ausgeschlossen; auch das Angebot des Schümller, Gehrgeld zu zahlen, wurde zurückgewiesen. Glaubt man mit jüdischen Freunden Ritter wirklich erfolgreich Anarchisten bekämpfen zu können? Da wird man sich freilich sehr irren.

Der Anarchist Peter Böslar in Berlin befindet sich seit vier Wochen in Untersuchungshaft. Der Staatsanwalt glaubt Groß zu Anzeige zu haben, dass Böslar Mitglied eines "anarchistischen Geheimbundes" sei, dessen Mitglieder als "entzerrungszeitliche eingebettete Krieger" an den Proletarien haben. (1) Bei einer Durchsuchung in der Wohnung hat verjüngte verbündete anarchistische Schwestern vorgefunden worden, dass Verbrechen der Verhaftete als ebenfalls zu fürchtbar soll haben kommt. — Das scheint sich auch zu einer richtig "Kämpfergruppe" entwickeln zu wollen.

Neben die Gleisbahn, welche jetzt in einer Zwickel gelegen, die die "Fest. Zug" aus der Niederröhrsdorf in der Nähe der helländischen Grenze empfängt hat. Die Gleispatte wird durch eine angeblich noch bestehende Gleispatte in Helländ zu rechtfertigen gesucht. Dabei wird das Fach, bei dem die Gleispatte den Schmieden abgegangen ist, noch zum Schaden des Festes in Helländ verurteilt. In Bezug auf jüngst eingeschlagene Streiche ist allein keine Schuld gezeigt; denn jetzt darfst auch das in Beziehung genommen werden, dass es 10—14 Tage eingeschlagen und bearbeitet worden ist, nicht in der Hölle branzen. Die kleinen Teile an den Gleisen werden für ja nun ganz sicher möglich. Gleispatte für eingeschlagene Streiche zu unterstellen. Die kleinen Teile, die auf schädliche Einwirkung eines Beschädigers

angewiesen sind, werden auf diese Weise für die Dauer zu Grunde gerichtet. Die Erbitterung ist sehr groß. Die Fleischpreise an der Grenze stehen so hoch, dass die Arbeiter Fleisch nicht kaufen können.

Ein Musterparlament im Sinne unserer ostelbischen Junker, denen bekanntlich die "Vielrederei" im Reichstag ein Dorf im Auge ist, der Landesausschuss für Sachsen-Vothringen. Seine Sitzung vom letzten Dienstag nahm im Einzelnen folgenden Verlauf: Kurz nach 3 Uhr erhebt sich der Präsident und sagt: "Meine Herren, die Sitzung ist eröffnet. Wir kommen zum ersten Gegenstand der Tagesordnung, der 2. Lesung des Gesetzes des Statthalters und seines Bureaus." Der Präsident setzt sich wieder und verliest die einzelnen Positionen. "Wünscht jemand das Wort?" fragt der Präsident. Niemand wünscht das Wort. Der Präsident erhebt sich und sagt: "Meine Herren! Wir kommen zum zweiten Gegenstand der Tagesordnung, der 2. Lesung des Gesetzes des Statthalters und des Landesausschusses." Der Präsident setzt sich wieder und verliest die einzelnen Positionen. "Wünscht jemand das Wort?" fragt der Präsident. Niemand wünscht das Wort. Der Präsident erhebt sich und sagt: "Meine Herren! Wir kommen zum dritten Gegenstand der Tagesordnung, der 2. Lesung des Gesetzes des Ministeriums." Der Präsident setzt sich wieder und verliest die einzelnen Positionen. "Wünscht jemand das Wort?" Niemand wünscht das Wort. Der Präsident erhebt sich und sagt: "Meine Herren! Wir kommen zum vierten Punkt der Tagesordnung... u. s. w. Niemand wünscht das Wort. Damit ist die Tagesordnung erledigt; die Sitzung ist geschlossen." Schluss der selben Sitzung nach 1½ Uhr. Die etwas lärmigen, Volkssprecher, die dem System der Diktatur und Ausnahmegesetze, mit seiner Entredung des Volkes, der Vernichtung des Vereins und Versammlungsrechtes, der Unterdrückung jeder freien Meinungsäußerung nichts, aber auch gar nichts zu sagen haben, verbielen sie nicht, aber Welt als Muster eines gesinnungstüchtigen Parlamentes vorgestellt zu werden?

Ausland.

Die Zustände in Frankreich.

Die Bevölkerung Frankreichs hat doch noch ein Nachspiel hervorgerufen — nämlich das Einbrechen der Behörden gegen die Patriotenliga, die einzige Käfferei verurteilte. Dabei wurden Derouede, der Präsident der Patriotenliga und Gabert, beide Abgeordnete, verhaftet.

Derouede, welcher an der Spitze von 150 Anhängern marschierte, fiel dem Feinde des Generals Royer in die Fügel und rief aus: „Rückt hierher, General, nach dem Elysée!“ General Royer rief seinem Feind zur Seite und rief: „Platz! Platz!“ und kommandierte die Truppen nach der Kaiserin. Derouede blieb hartnäckig an Monces Seite und drang mit den Soldaten in die Kaiserin ein. General Royer, der Derouede als Kämpfer betrachtete, befahl dessen Verhaftung.

Nach anderer Bericht hätte Derouede General Royer zugespielt: „General, ich bitte, dass Sie gegen das Elysée marschieren! Frankreich kämpft mit Ihnen! Man muss das gesellschaftliche Fund retten. Die Patriotenliga ist mit Ihnen! Es lebe die Republik!“

Gabert und andere Mitglieder der Patriotenliga riefen den Soldaten zu: „Marscht aus vor der Kaiserin! Marscht aus vor den Preußen!“ Die Soldaten blieben durchaus ruhig.

Der französische Ministerpräsident hatte nun nichts Eiligeres zu thun, als bei der Kammer die Genehmigung zur Strafverfolgung der beiden nationalistischen Kämpfer zu fordern und die Kammer ist in der That diesen Wunschen nadegekommen und hat damit den Führer der Patriotenliga eine diesen sehr ernsthaften Schande gemacht.

Über die genaue Ausschreibung wird berichtet:

Der Präsident des Senates verließ das Schreiben des Generalstaatsanwalts, in welchem General Royer erklärt, eine von Derouede und Gabert geführte Bande bei seiner Brigade gestanden und thronete in dem Kaiserhof eingetreten. Derouede und Gabert blieben jedoch mit Freien und Zufluchtangehörigen zu den Offiziere gewandet und sich geweigert, die Kaiserin zu verlassen. Nach einer Verhandlung haben Derouede und Gabert erklärt, sie hätten die Truppen zu einer aufständischen Beseitigung fortsetzen wollen, um die parlamentarische Sicherheit durch die plattdeutsche zu ersetzen. Der Generalstaatsanwalt rief in seinem Schreiben schließlich die Genehmigung nach, Derouede und Gabert geradiglich verfolgen zu dürfen, weil sie die Truppen ihrer Wahl eindringlich machen wollten.

Generalix bringt einen Hinweis ein, Derouede und Gabert nachts in Freiheit zu lassen, ohne der weiteren Verfolgung der Kämpferin vorzugehen. Redner betont die Sache Derouedes und Gaberts zur Republik und sieht der Kaiserin entgegen, dass seine Freunde nicht in dem Kriege schuldig seien, wie man behauptet.

Ministerpräsident Dupuis erklärt, die Frage der geistlichen Verfolgung stelle in Pariser Griff erledigt werden und bestätigt, die Kammer möge sofort in den Plenum die betreffende Resolution erneuern, damit der Senat und Pariser eingeknickt werde. (Beifall)

Pariser (Pariser) sagt, er sei bei dem Rosenmontag in der Gesellschaft Derouedes und Gaberts gewesen und verleihe in die geistliche Verfolgung einbeziffert zu werden.

Ende der Sitzung der Kammer, die Kammer verließ

in den Saal der gesetzgebenden, wo die Sitzung fortgesetzt.

Um 5½ Uhr wird die Sitzung wieder aufgenommen.

Der Deputierte Goujet verlässt den Saal der Kammer,

bringt die Resolution für einstimmig für Genehmigung der geistlichen Verfolgung

Derouedes und Gaberts und für Beliebung der

Stellung in der Sache, wenn die Regierung sich zufrieden erkennt.

Als nun das Schreiben der beiden Deputierten nicht

noch gegen siehe, dass es nicht die Absicht gegen die

Regierung und eine Beliebung gegen die Kaiserin. (Beifall)

Der Deputierte Goujet verlässt die Sitzung der Pariser Re-

publik. (Beifall)

Die Kammer beschließt durch Stimmenabstimmung die Ge-

nehmigung der Sitzungsgesetzgebung Derouedes und Gaberts.

Pariser hält seinen Standpunkt aufrecht, dass beide Prä-

sentanten in Frankreich zu leben sind. Der Standpunkt der

Regierung bestimmt nicht, wieviel mit 438 gegen 109

Stimmen abgestimmt.

Deutscher Reichstag.

Im Reichstag herrschte heute friedliche Stille. Vizepräsident Schmidt eröffnete die Sitzung mit einer die Linke versöhrenden Ansprache. Er ertheilte dem sächsischen Generalstaatsanwalt Dr. Rüger einen Ordnungsruf in der Form, wie sie in der letzten Zeit gegen Mitglieder des Bundesraths üblich geworden ist. Herr Schmidt hat sich damit, wie wir hören, allerdings erst auf Veranlassung der übrigen Mitglieder des Präsidiums, zu einem Vorgehen entschlossen, das wir schon gestern als die einzige richtige Lösung des Konflikts mit der linken Seite des Hauses bezeichnet hatten. Herr Rüger war nicht mehr im Reichstag anwesend. Obwohl der Justizrat noch nicht zu Ende berathen war, hatte er die Heimreise nach Dresden angetreten. Ob man ihn etwa zurückgeholt hat? Wer weiß es. Besondere Freude wird man auch in Sachen über das zweifellos recht unglückliche Auftreten des heimischen Bundesratsbevollmächtigten nicht empfinden haben.

Nach der Erklärung des Herrn Schmidt übernahm Graf Ballerstrem den Vorsitz. Auch er gab zunächst eine Erklärung ab. Sie bezog sich auf Geschäftsbehandlung und enthielt eine Mahnung an die Redner, streng sachlich zu bleiben. Die Bitten des Präsidenten hatte den gewünschten Erfolg. Die Berathung des Reichsjustizrats wurde schnell zu Ende geführt. Nachdem Stadthagen sich gegen die geforderte Vermehrung des Reichsgerichtsentscheidens um einen Zwillingsentscheid ausgesprochen hatte, wurde der übrige Etat debattierlos genehmigt.

Fast ohne Debatte erfolgte auch die Bewilligung des Reichstagests. Dagegen führte der Etat der Reichseisenbahnen zu längeren Erörterungen. Von sozialdemokratischen (Abg. Stolle) und freisinniger Seite wurde wieder lebhaft die Verbilligung der Personentarife verlangt. Auf der Rechten widersezt man sich dieser Forderung. Da reaktionär bei dem Kampf ist, wird die Verbilligung sobald nicht kommen. Auch die Betriebsicherheit, die Verbesserung der Dienstzeit wurde zum Gegenstand der Diskussion gemacht. Auch in der Frage des Staffelltarifs bestanden die alten Gegenstände. In Ostdeutschland will man sie, im Westen und Süden will man sie nicht. — Der Etat der Reichseisenbahnen wurde zu Ende berathen. Morgen steht der Etat des Reichsschahans und der Zoll auf der Tagesordnung.

41. Sitzung. Freitag, 24. Februar 1899. — 1 Uhr

Vizepräsident Schmidt verließ zunächst folgende Erklärung: Nach Ausweis des stenographischen Berichtes hat in der geistigen Sitzung der sächsischen Bundesratsbevollmächtigte Generalstaatsanwalt Rüger ausgeführt, von Seiten des "Vormärz" seien Behauptungen aufgestellt, welche er als Lügen bezeichnen müsse. Er hat weiter aufgeführt, der Abg. Heine habe aus seiner Sicht Kenntnis heraus die Lügen bekräftigen müssen, das habe er nicht gehabt, sondern habe die Lügen in die Luft flattern lassen. Die letzten Worte des Herren Dr. Rüger konnten bei der großen Unruhe des Hauses vom Präsidium nicht verstanden werden. Ich nehm an, der Herr Bundesratsbevollmächtigte hat damit nicht sagen wollen, dass der Abg. Heine wissentlich und absichtlich die Auskunft einer Lüge gebüdet habe. Andernfalls würde ich die Bemerkung als parlamentarisch unzulässig und der Ordnung dieses Hauses nicht entsprechend ansiehen. (Bravo links.)

Präsident Graf Ballerstrem: Vor Eintritt in die Tagesordnung möchte ich noch folgende Mitteilung machen: Wir haben bei Titel I des Justizrats eine ausgiebige Generaldiskussion gehabt und ich bitte die Herren Kollegen, sich bei Beratung des übrigen Titels des Justizrats sich auf diese zu beschränken und nicht aus der Generaldiskussion zurückzutreten. Ferner bitte ich Sie, bei einem der Titel eine Befreiung und Kritik richtlicher Errichtnisse vorzunehmen, da auch dies bei der Generaldiskussion in aufgabiger Weise geschehen ist. Ich würde, wenn dieser meiner Bitte nicht Folge geben würde, annehmen müssen, dass die betreffenden Redner von der Sache abweichen. Ich richte diese Bitte besonders im Interesse unserer Gesellschaft an die Herren Kollegen. Wüssten Sie damit sehr zurück (sehr richtig!) und haben die Befreiung einer Lüge gebüdet. Andernfalls würde ich die Befreiung als parlamentarisch unzulässig und der Ordnung dieses Hauses nicht entsprechend ansiehen. (Bravo links.)

Das Haus tritt in die Tagesordnung ein und setzt die Beratung des "Etats der Reichsjustizverwaltung" fort.

Beim Kapitel "Reichsgericht" in die Errichtung eines siedenten Zivilsenats (ein Staatspräsident und sieben Richter) berichtet.

Abg. Stadthagen (Soz.): Es ist möglich, dass in Folge des Bürgerlichen Gesetzbuches mehr Revisionen an das Reichsgericht gerichtet werden; aber die hier vorgelegte rein mechanistische Sitzung halte ich nicht für richtig. Ich habe an der Hand sämtlicher Statistiken herausgefunden, dass die Arbeitslast in Strafsachen sehr gewachsen ist, jedoch die in Zivilsachen lange nicht in demselben Maße. Und wenn man das Gesamtgehalt des Herren Generalpräsidenten und Reichsgerichtsräte — abgesehen vom Herrn Generalstaatspräsidenten — die 558.000 Mark beträgt, mit der Summe der Zivilsachen, gleich 258.000 dividiert, so ergibt sich, dass auf jede Strafsache 2½ Pf. kommen. Für Strafsachen waren 392.000 Mark aufgeteilt, so dass auf jede — ihre Summe betrug 4818 — nur 1½ Pf. kommen. Strafsachen also, wobei es sich um Leben und Tod, um Freiheit, um die Ehre von Deutschen handelt, werden dementsprechend nicht nur in der Rechtsprechung, sondern auch im Etat nur ein Drittel wert gehalten als Zivilsachen.

Bei diesen der plattdeutschen Art ist der meiste Bruchteil der Rechtsprechung alle Beratung hat, mit Einschließlich der Strafsachen, sollte sich doch in Acht nehmen, aus Rechtsmitteln nicht zu viel hierzu zu gewahren, so lange nicht Garantien gegeben sind, dass auch die Rechtsprechung in Strafsachen eine dem Richter gleich mehr entsprechen würde, als zur Zeit. Die Zahl der Strafsachen würde auf weit über die Hälfte steigen, wenn man endlich die Strafsachen ausführte, die vor 1849 in Deutschland berathen wurden. Wenn man der Staatskasse nicht diese dem Staate durchsetzen möchte, ist sie kein Mittel der Revision zu nehmen. Das die Staatsanwaltschaft selbst sich für nicht richtig, das Reichsgericht unterscheidet nicht nur über Richter, sondern selbst in Richter, dass ist zu einem großen Bruchteil hier in öffentlicher Gerichtsverhandlung konstatet worden. Ich habe mir die stenographische Aufzeichnung der Rede eines Staatsanwalts (Glocke des Staatsanwalts).

Präsident Graf Ballerstrem: Der Herr Borelli eröffnete die Sitzung mit dem Titel II und machte allgemeine Erörterungen, die die Generaldiskussion nicht gehören. Ich bitte ihn, bei Titel II zu verbleiben, bei dem er besser verhandelt hat.

Abg. Stadthagen (Fortschreib): Dem Wunsche des Herrn Staatsanwalts werde ich selbstverständlich nachkommen. Ich will mich nur einige Worte äußern, die ein Staatsanwalt über die Aufgabe des Reichsgerichts in Strafsachen gelegt hat.

Die Aufgabe des Reichsgerichts würde auch sehr erleichtert werden, wenn entweder auf administrativem oder geistig-gerichtlichem Wege die Strafverfolgung untersagt werden würde, Belastungsaufgaben — einschließlich der Strafgerichts — auszuschließen, so höchstens die öffentlichen Interessen gar nicht verletzt; und wenn der Staatsanwalt die Strafgerichtsgerichtungen werden würde, Rechtsprechung in folgenden Sitzungen. Eine solche Einschränkung würde natürlich

auch einen Rückschlag auf die Gerichte erster Instanz bewirken. Und daß das von großem Vortheil wäre, darüber herrscht wohl nur eine Ansicht. Ich bitte dringend, die neu geforderten Siedlungen nicht bewilligen zu wollen. (Beifall unten.)

Staatssekretär Weiberding: Der Herr Vorredner liest, wenn er meint, es handle sich bei Schaffung des neuen Eisenbahnzugs darum, die Richter in Zivilsachen günstiger zu stellen, als die im Strafsachen. Die Vernehmung der Zivilsachen wird um so mehr zur Notwendigkeit, als mit der Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuches die Zahl der Revisionen sich zweifellos vermehren wird.

Der Titel wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten bewilligt, ebenso der Rest der Ausgaben. Auch die Einnahmen werden genehmigt. Damit ist das Reichsjustizamt erledigt. Es folgt der Etat für den Reichstag. Beim Titel: "Entschädigung der Privat-Eisenbahnen im Deutschen Reich für die Bewilligung der freien Fahrt an die Reichstagsabgeordneten" bemerkt

Abg. Beck (vgl. Vp.), daß die freie Fahrt der Abgeordneten sehr reduziert sei und nur bei Reisen zwischen dem Wohnort und Berlin gehe.

Der Titel wird darauf bewilligt, ebenso der Rest des Etats des Reichstags. Hierauf wird der Etat für das Reichseisenbahnwesen berathen.

Abg. Manc. Herber wünscht eine Befreiung des Güterverkehrs von Sachsen nach England im Interesse der sächsischen Textilindustrie, sowie eine Herabsetzung der Tarife.

Präsident des Reichseisenbahnamts Dr. Schulz: Eine Herauslösung der Transportdauer, sowie der Tarife ist bereits eingetreten. Das Reichseisenbahnamt wird die Sache auch weiterhin im Auge behalten.

Abg. Dr. Pachnike (vgl. Vp.) beschwert sich über die hohen Gehühren bei Beförderung von Fahrrädern und wünscht Verbesserung und Verbilligung der Personentarife, sowie Abschaffung der 4. Klasse.

Präsident des Reichseisenbahnamts Dr. Schulz: Vom 1. Oktober des Vorjahrs ab sind die vielfach gewünschten Vorschriften zur Verhütung von Unfällen eingeführt worden. Die Abnahme der Unfälle bietet einen Beweis für das Streben der Eisenbahnverwaltung, Verbesserungen einzuführen und für die Pflichtkreuze der Beamten. Im Sommer haben f... die Erhebungen best. Forderungen der Personentarife stattgefunden; die Ergebnisse der Personentarife sollen aber streng vertraulich gehalten werden.

Abg. Bräutigam (vgl. Vp.) bittet namentlich im Interesse der östlichen Provinzen, der Einführung der Staffeltarife baldigst näher zu treten.

Präsident des Reichseisenbahnamts Dr. Schulz: Die Anfichten über die Nützlichkeit der Staffeltarife sind noch sehr getheilt. Von Seiten werden sie direkt für schädlich gehalten.

Abg. Stolle (Soz.): Die Aussichten auf Einheitlichkeit und Verbilligung der Tarife sind noch sehr gering. Der preußische Finanzminister hat sich dahin geduzert, es sei nicht richtig, daß jede Tarifermäßigung auch Mehreinnahmen bedinge. Die Erfahrungen in andern Ländern, wie Ungarn und Belgien, die uns in der Beziehung voraus sind, beweisen aber das Gegenteil. Auch die Frachtarife sind in den einzelnen Bundesstaaten ganz verschieden. Die preußische Eisenbahnverwaltung sucht den gesamten Transitzverkehr über ihre Linien zu leiten und schädigt damit vor allem die sächsischen Eisenbahnen: Von dem gesamten Export Deutschlands nach England wird die größere Hälfte aus Sachsen ausgeführt.

Auch bei den Viehtransporten müßten die Tarife vereinheitlicht werden. Ich kommt nun zu den Unfällen. Gegeben muß werden, daß gegenüber dem Vorjahr eine Verminderung der Unglücksfälle im Eisenbahnverkehr stattgefunden hat. Aber die Anzahl der bei Unfällen Verletzten und Getöteten ist doch noch sehr erheblich. Vor Allem muß die Arbeitszeit der Eisenbahnangestellten einheitlich geregelt und verschärft werden. Bei den Weichenstellern z. B. beträgt die Arbeitszeit öfters noch 10—11 Stunden, bei dem Zugbegleitungspersonal 12—14 Stunden. Die Müdigkeit auf die Sicherheit der Eisenbahn erforderlich es, daß hier schenkt Wandel geschaffen wird. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Geheimrat Missam: Es handelt sich hier nicht um Arztszeit sondern Dienstzeit. Dienstzeit bedeutet aber durchaus nicht ununterbrochene Arbeitszeit. Betreffs Regelung der Dienstzeit sind bereits Grundzüge zwischen den Bundesregierungen vereinbart worden. Wenn diese durchgeführt sein werden, wird von einer Überkontrolle der Beamten nicht mehr die Rede sein können.

Abg. Samy (apt.): Soll vielleicht ein Gilde, der 12 Stunden Fahrt hat, seine Fahrt nach 10 Stunden unterbrechen, weil die Arbeitszeit des Lokomotivführers zu Ende ist? (Lachen bei den Soz.) Gegen Verbilligung der Viehtransporttarife haben sich die Landwirthe selbst ausgesprochen. (Abg. Stolle: die Großgrundbesitzer!) Nein, auch die kleinen Besitzer.

Weitgehend fordert denn Herr Pachnike die Abschaffung der vierten Klasse? Die vierte Klasse ist sehr gut eingerichtet, sogar Heizung ist vorhanden. Eher kann man sagen, daß die Fahrpreise für die erste und zweite Klasse zu hoch sind. Es liegt mir aber fern, eine Herabsetzung der Fahrpreise für die erste Klasse zu fordern; ich ziehe den jetzigen Preis für die erste Klasse gern. Für Staffeltarife wäre ich auch und würde an einer Vereinheitlichung der Tarife auch gern mitarbeiten. Leidergehens gehören alle diese Wünsche vor den Landtag.

Abg. Möller-Dortmund (ml.) hält die Reform der Gütertarife für dringlicher als die der Personentarife.

Abg. Graf Stolberg (ml.) ist mit der Herabsetzung der Tarife, sowie der Beseitigung der vierten Klasse einverstanden und befürwortet die Einführung aller Staffeltarife beim Güterverkehr.

Abg. Schröder (vgl. Volksp.) tritt gleichfalls für eine Verbilligung der Personentarife ein.

Abg. Graf Kanitz hält die Einführung des Staffeltarife für durchaus geboten. Gie man an eine allgemeine Reform des Personentarife denken kann, muß eine Änderung des Gütertarife eintreten.

Abg. Stolle (Soz., auf der Tribüne schwer verständlich): Der Herr Bundesratsvorsitzende hat mich darauf aufmerksam gemacht, daß ich den Unterschied zwischen Arbeits- und Dienstzeit nicht in Betracht gezogen hätte. Ich kann nicht angeben, daß eine 2 stündige Pause in einer 13- bis 15 stündigen Dienstzeit so viel ausmacht. Während dieser kurzen Zeit kann er weder schlafen noch Frühstücke sammeln. Ein Zugführer oder Schaffner kann sehr gut unterwegs aussteigen. Man könnte neue Kolonien zur Ausweitung ausspielen. Es ist nur auffällig, daß in diesem Bericht über die Reichseisenbahnen diese zwei Kategorien nicht vermerkt sind. Ich muß daher annehmen, daß ein 13—14 stündiger Dienst des Zugpersonals vorliegt. Ich bitte hierüber um Aufklärung.

Über die Dienststunden giebt ein Bericht aus Stralsund zweifellosen Ausdruck. Dort ist die dienstliche Zeit der Betriebsbeamten von 2 auf 1 Tag pro Monat herabgesetzt. Hier muß Wandel geschaffen werden.

Herr Samy hat auf eine heidnische Zeugung von mir hin gemeint, ich habe Sachsen gelobt, dann könne es dort nicht so schlecht sein. Ich erkenne an: Die Eisenbahnverhältnisse sind dort besser geworden — auf unsere Anträge hin —, auch werden dort von den Gemeinden viele mehr Auswendungen für Schulen und Wegebau gemacht werden. Ich werde aber nie und nimmer loben die Söhnen, die die Polizei gegen den ruhigen Geschäftsmann das brüde arbeitsame sächsische Volk verdikt. Das ist eine Schande für das Königreich Sachsen.

Präsident Graf Ballietzrem (unterbrechend): Der Herr Abgeordnete hat jedoch gesagt: Das ist eine Schande für das Königreich Sachsen. Das ist nicht zulässig. Ich rufe den Herrn Redner zur Ordnung. Ich bitte ihn überdrudt zum Generalauflauf der Tagesordnung zurückzukehren. Er spricht über alles Mögliche, aber nicht über die Eisenbahnen. (Heiterkeit.)

Abg. Stolle (vgl. Vp.): Ich habe nicht vom Staffeltarife gesprochen, sondern von Verbilligung der Vieh- und Getreidetarife. Bahnen müssen nicht einzeln und allein im fiskalischen Interesse ausgenutzt werden. Jede erhöhte Einnahme sollte der Tarifverbilligung zu gute kommen.

Bei einem guten Willen wird man von mir besprochenen

Nebenländer besiegen können. Allerdings werden die Einzelstaaten der Reichseisenbahnenverwaltung manche Schwierigkeiten bereiten, aber gelingt auf das Verlangen der Industrie und des Reichstages wird es ihm gelingen, für eine ordnere Verbilligung der Tarife und eine größere Sicherheit des Verkehrs zu sorgen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Beck (vgl. Vp.) ist der Ansicht, daß die Reform des Gütertarife und des Personentarife gleichzeitig in Angriff genommen werden kann.

Abg. Gerstenberger (Zentrum) protestiert gegen die Einführung der Staffeltarife, welche Süddeutschland stark schädigen würde.

Damit schließt die Debatte. Der Titel wird bewilligt, ebenso der Rest der Ausgaben, bezüglich die Einnahmen.

Das Haus verläßt sich.

Nächste Sitzung: Sonnabend 1 Uhr.

(Etat für den Rechnungshof, das Reichsschahamt u. a.)

Schluß 5½ Uhr.

Parlamentarisches.

Vom Invalidenversicherungsgesetzentwurf. Die Kommission des Reichstages hat den neuen § 3a mit Ausnahme des dem bisherigen Gesetz entsprechenden Absatz 2 abgelehnt. Die süddeutschen Regierungen erläutern, daß sie den § 3a für unbedingt notwendig halten. Dieser § 3a benimmt, daß Personen, welche Lohnarbeit nur in bestimmten Jahreszeiten für nicht mehr als zwölf Wochen übernehmen, im übrigen aber ihren Lebensunterhalt als Betriebsunternehmer oder anderweitig selbstständig erwerben, oder ohne Lohn und Gehalt thätig sind, der Versicherungspflicht nicht unterliegen. Der § 3a bleibt ferner dem Bundesrat die Befugnis darüber zu bestimmen, wie weit ausländische, nur für eine bestimmte Zeit zugelassene Arbeiter der Versicherungspflicht unterliegen. Der Gesetzentwurf erscheint überhaupt nahezu aussichtslos, es sei denn, daß die Regierung sich d. zu bequemt, das neue Gesetz auf die allseitig anerkannten Verbesserungen zu befrachten. Die Konservativen sind gegen die neuen Rentenstellen und auch gegen die vorgeschlagene Lastenverteilung.

Majestätsbeleidigungsprozeß.

Gegen Majestätsbeleidigung, die er in einer Unterhaltung mit seinen beiden Gehilfen ausgestoßen, wurde am Donnerstag in Berlin der Apothekenbesitzer Peter Unkel zu drei Monaten Festung verurtheilt. Der Staatsanwalt hatte drei Jahre Festung beantragt. Der Geschäftshof trug dem Umstande Rechnung, daß der Angeklagte unter den Nachwirkungen schwerer, früherer Krankheiten zu leiden habe, die ihn leicht in so hochgradige Erregung versetzten, daß er für seine Neuerungen nicht voll verantwortlich gemacht werden könne.

Ein Verfahren wegen Majestätsbeleidigung ist jetzt gegen den sozialdemokratischen Reichstagsabg. Schmidt, der auf das Vorrecht seiner Immunität verzichtet hat, wegen des Artikels, der dem Redakteur der "Magdeburgischen Volksstimme" 4 Jahre Gefängnis verschafft, eingeleitet worden.

Zu einem Jahr Gefängnis wurde in der Strafkammerstrafung zu Werden der Schneider und Armenhäuser Karl Hinke aus Laveistoh verurtheilt und sofort in Haft genommen. Hinke hatte in der Wohnung des Häuslers Quellhorst in Bramkamp, als dort über die Ermordung der Kaiserin von Österreich aufgebrochen wurde, eine recht gewagte Neuerung über den Kaiser gemacht.

Arbeiterbewegung.

In dem Kreisfelder Sammetweber-Ausstand hat sich die Situation so weit gefläzt, daß man fühn behaupten kann, der Versuch der Sammetfabrikanten, den Webern eine ihren Lebensunterhalt herabdrückende Lohnsätze aufzimthigen, muß als endgültig gescheitert betrachtet werden.

Durch die Vermitlung der sozialen Kommunen der Stadt Kreisfeld sind nun Unterhandlungen angeknüpft worden. Hatten die Vertreter der beiden Anfangs noch geglaubt, den Arbeitern dieprobeweise Aufnahme der Arbeit auf Grund der Fabrikanten-Lohnsätze anstreichen zu können, so haben die Vertreter der Sammetweber auch nicht den geringsten Zweifel darüber gelassen, daß die Zeiten vorbei sind, in denen man die Arbeiter durch diplomatische Kniffe dazu bewegen konnte, wieder in die Fabrik hinzugehen, ehe sämtliche Bedingungen geregelt sind. Daraus geht hervor, daß der Kampf noch ein langwieriger werden kann. Trotzdem die Fabrikanten das Ende deselben schnellst herbeiwünschen, möchten dieselben sich gerne an die klar ausgesprochenen Bedingungen der Arbeiter, die keine Lohnforderungen, sondern lediglich eine gerechte Regelung der Arbeitslöhne enthalten, vorbedrücken.

Der 5. Verbandstag der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter hat am Dienstag beschlossen, die Reiseunterstützung von 75 Pf. auf 1 Mark zu erhöhen. In der Nachmittags-Sitzung am Mittwoch wurde in längerer Debatte in namentlicher Abstimmung mit 25 gegen 48 Stimmen eine Erhöhung der Beiträge abgelehnt. Die Einführung eines obligatorischen Streifends wurde in namentlicher Abstimmung mit 47 gegen 12 Stimmen beschlossen; ferner gelangte mit großer Mehrheit ein Antrag zur Annahme, wonach eine Erhöhung des Eintrittsgeldes von 25 auf 50 Pf. erfolgt. Nach dem Streifendekret muß in den Monaten Mai bis inkl. August zum Streifendekret gelte.

Der 5. Verbandstag der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter hat am Dienstag beschlossen, die Reiseunterstützung von 75 Pf. auf 1 Mark zu erhöhen. In der Nachmittags-Sitzung am Mittwoch wurde in längerer Debatte in namentlicher Abstimmung mit 25 gegen 48 Stimmen eine Erhöhung der Beiträge abgelehnt. Die Einführung eines obligatorischen Streifends wurde in namentlicher Abstimmung mit 47 gegen 12 Stimmen beschlossen; ferner gelangte mit großer Mehrheit ein Antrag zur Annahme, wonach eine Erhöhung des Eintrittsgeldes von 25 auf 50 Pf. erfolgt. Nach dem Streifendekret muß in den Monaten Mai bis inkl. August zum Streifendekret gelte.

Der Weberkrieg in Bramsche bei Osnabrück konnte auch durch die Vermittelung des Fabrikinspektors nicht geschlichtet werden.

Die Weber in Bramsche haben mit den Lautenmännern einen Lohntarif vereinbart, der für die älteren Arbeiter einen Stundenlohn von 42 Pf. und für die jüngeren Gehilfen einen Mindestlohn von 40 Pf. festgesetzt.

Über die Berechtigung der Frauen zum Studium.

Durch die Zeitungen geht in den letzten Tagen eine Rethierung, welche in unserer Periode der "niedrigen Bewegung" und bei der sonstigen Richtung des herrschenden Ministeriums des Geistes" doppeltes Erstaunen erzeugt: im preußischen Kultusministerium soll eine Vorlage ausgearbeitet sein, welche den Frauen die Berechtigung zur Ablegung der medizinischen Examina verleiht. Die Universität Breslau soll speziell als Studien- und Prüfungsort vorsehen sein! Seit einer Reihe von Jahren kämpft eine stattliche Reihe von Frauen — man könnte sogar "mannhaft" — für die Gleicheberechtigung; sie kämpfen für das, was ihnen eigentlich ganz von selbst gehört. Ist doch die Frau ein gleich dem Manne organisiertes Wesen, dessen wenige, in der Geschlechterphäre gelegene Besonderheiten keinen Grund abgeben können, um sie zu weiblichen „zweiter Klasse“ herabzuwürdigen. Die Anlagen geistiger und körperlicher Natur, welche dem Weibe als

Naturhöpfung inne wohnen, sind zweifellos anfangs die selben, wie beim Manne gewesen; aber durch die Jahrtausend lange Unterdrückung und Hemmung in der Entwicklung sind die Anlagen nicht weiter geblieben und verkümmert, so wie es jedem Organe geschieht, das nicht gepflegt wird. Aber völlig falsch ist die von Gegnern der Frauengleichberechtigung gemachte Einwendung, daß das weibliche Gehirn minderwertig sei; man hört oft sagen: Das Gehirn der Frau sei kleiner, an Gewicht geringer. Das Gewicht des Gehirns hilft aber überhaupt keinen ausschlaggebenden Faktor für die geistigen Fähigkeiten seines Eigentümers; denn nach dieser Ansicht müßte der Elefant das intelligenteste Thier sein. Das Gewicht des Gehirns hat nur einen Wert in Bezug auf das gesamte Körpergewicht; und so ist es verständlich, daß bei dem allgemein geringeren Körpergewicht der Frau auch das Gehirn an Gewicht hinter dem des Mannes zurücksteht.

Ebenso steht es mit der behaupteten geringeren körperlichen Leistungsfähigkeit; es bedarf nur eines Blickes auf die Frauen unserer Arbeiterschaft, um diese Entgegnung zu widerlegen. Nur mangelnde körperliche Ausbildung in den Generationen der Frauen seit Jahrhunderten hat die Frauen körperlich geschädigt; daß die Frau trotzdem an Fähigkeit und Energie dem Manne in mancher Beziehung überlegen ist, kann jeder Arzt bestätigen, der beobachtet hat, wie viel leichter und gebüldiger die Frau Schmerzen erträgt. Die Betrachtung der Frauen bei den unzivilisierten Völkern beweist uns ferner, daß doch die Frauen dem Manne körperlich sogar überlegen sind: das Indianerweibtheit mit dem Manne die Strapazen des Kriegs- und Lagerlebens, sie sagt ebenso gewandt wie er und während des Jagdzuges schlägt sie sich seitwärts in die Büsche, um dort einlaufen und allein ihrem Kind das Leben zu geben; kurz darauf findet sie sich wieder ein! —

Bei uns aber ist schon durch die Erziehung in Schule und Haus der freien geistigen Entwicklung ein Siegel vorgespannt; unter dem Schutz der Phrasen: "Das Mädchen muß für die Wirthschaft erzogen werden" wird die Schulbildung in höheren und niederen Schulen auf das Mathematik und auf eine Reihe von Neuerlichkeiten beschränkt. Auch unter den Volksschulen erzieht die Mädchens zu sehr nach der Gemüthsseite hin, auf Kosten der geistigen Entwicklung. Fraglos aber ist es, daß bei gleicher Vorbereitung wir unter den Frauen ebensoviel Berechtigung zum Studium finden würden, wie beim männlichen Geschlechte. Auf welchen Widerstand bisher schon die Einführung der Mädchens-Gymnasien gestoßen ist, ist ja gerade in Breslau hinreichend bekannt; nur Weimar erfreut sich bisher eines völlig den männlichen Geschlechtgleichen Mädchengymnasiums. Bei der Forderung der Berechtigung zum Studium wird es sich wesentlich um das medizinische Fach handeln; auf die Theologie werden die Frauen wohl verzichten; daß sie sich zu Juristen eignen, läßt sich nicht bezweifeln, eben wie sie ja ihren Beruf zur Lehrthätigkeit schon längst bewiesen haben. Aber ihre segensreiche Thätigkeit werden sie in der Ausübung der Heilkunde entfalten. Zunächst ist es schon eine berechtigte Forderung der Frau, von Personen ihres eigenen Geschlechts behandelt werden zu können; es ist ein Widersinn, daß man das Weib von Kindheit auf zu einem Schamgefühl vor dem Manne erzieht, und es dann zwingt will, in Krankheitsfällen dieses Schamgefühl völlig abzustreifen. Und dieses selbe falsche Prinzip bringt es zu wege, daß eine große Zahl von Frauen sich erst dann an den männlichen Arzt wendet, wenn ihr Leiden bis zu einem Grade vorgeschritten ist, daß die Heilung eine schwierige, wenn nicht unmöglich geworden ist. Bedeutende Fortschritte sind ferner in der Ausübung der Kranken- und Wochenspfege zu erwarten, wenn dieselbe von wissenschaftlich ausgebildeten Frauen betrieben wird. Da die Frauen sich zur Ausübung der operativen Thätigkeit eignen, wird die Zukunft lehren; ein vorheriger Streit darüber ist völlig müßig; man bedenke nur, wie viele Männer Medizin studieren, und wie wenige tüchtige Chirurgen dabei herauskommen!

Falls es sich aber bestätigt, daß auch Preußen einen Kulturstreit zu verzeichnen haben will, den die Schweiz, Österreich und selbst Russland schon längst gehabt haben, wollen wir den Frauen, die sich die Agitation dafür zum Lebenszweck gesetzt haben, einen herzlichen Dank, der gesamten Frauenwelt aber ein Glückauf! zusprechen.

Dr. M. C.

Litteratur.

"Schlagende Wetter", so nennt Ernst Kreowold, der seit Jahren in der sozialen und litteraturkritischen Bewegung unserer Zeit mitwirkende Poet und Kritiker ein Buch von seltem Art, in welchem er in sechs Abteilungen (Büdliaden — Kas dumpt Sphäre — Ca ira — Im Sucklicht — Totengräberlied — Bon Dobnitsch) seine gesammelten sozialen Gedichte darstellt. Das Buch (Verlag der Handelsdruckerei Bamberg) ist in der That das einzigste Bekennnis eines Mannes und eines Künstlers, dem Leben und Tod waren! Es schlägt Bilder sozialer Realität und Dual, wie sie ergreifender einer Ada Negri nicht gelangen, hinzügige Freiheitskrisen, wie sie in ihren besten Schriften eine Herwegh und Freiligrath sangen, sozialreiche Beischriften — und das Ganze von einem sieben Mit-Leben durchglänzt! Ernst Kreowold ist ein Künstler und ein Mensch von eigenem, eigenartigem Gepräge, was er zu sagen bat, ist in wälderhafter Form so gelegt, daß es an alle ehrlichen Herzen röhrt. Läßt die Bilder dieses schöpferischen Räuber und Künstlers herein zu Gott. Ihr Alle, die Sie das große Seppen nach Freiheit und Gerechtigkeit streben, der Seite tragt, die "Schlagende Wetter" sind ein Buch für Gott

Beilage zu Nr. 48 der „Volkswacht“.

Sonnabend, den 25. Februar 1899.

Lokales und Provinziales.

Breslau, den 24. Februar 1899.

„Das Dresdener Arbeit und die deutsche Arbeiterbewegung“ lautet das für alle Arbeiter hochwichtige Thema, über das

Reichstagsabgeordneter Thiele-Halle morgen, Sonntag, Vormittags 11 Uhr, im „Vorwärts“-Hause, Michalekstr., referieren wird. Kein klassenbewusster Arbeiter wird fehlen!

* Für die Dresdener „Buchhäusler“

gingen bei uns ein: G. C. 2 M., Steh, Steh, Claassenstraße 1 M., G. Greilich, Scheitingerstraße 50 Pf., Totalverein der Stroh- und Filzhutarbeiter und Arbeiterinnen 10 M., von einem gewesenen Taschenliebhaberverein 2 M., Gustav Tieke 1,50 M., Dr. Kreuzberger 2 M., M. 50 Pf., von den organisierten Handelshilfsarbeitern Breslaus 7,10 M. (darunter Zahlstelle Neudorfstraße 4,58 M., Zahlstelle Salzstr. 75 Pf.), M.-G.-B. „Vorwärts“ 10,50 M. (darunter 50 Pf. vom Dirigenten), mit den bereits quittirten 873,00 M. in Summa **910,10 M.**

In einer der letzten Quittungen muß es heißen: Die Gehilfen der Druckerei May kommen, Endner's Nachf., nicht

*** In den Volksschulen des Webergördes Langenbielau wurden Ende 1897 Ermittelungen über die Erwerbsarbeit der Kinder ange stellt. Etwa zwei Drittel der Schulen machten die verlangten Angaben, die sich auf 2104 Kinder erstreckten. Von diesen waren 1130, also rund 53 Prozent, erwerbsmäßig beschäftigt, darunter verschiedene doppelt oder mehrfach. In den einzelnen Schulen waren zwischen 51 bis 63 Prozent beschäftigt (nur in einer Mädchenchule 38 Prozent), in den unteren Klassen im Allgemeinen weniger als in den oberen (wo 88–90 Prozent gezählt wurden). Mit industriellen Arbeiten beschäftigt waren 876 Kinder (77½ Prozent der Beschäftigten), davon mit Spulen 842 (74½ Prozent), mit Lücherknüpfen, Rammstricken u. (34 Prozent). Sie verdienten pro Woche beim Spulen 0,30–1,80 M., im Durchschnitt 1 M., beim Lücherknüpfen 0,50 M., beim Rammstricken 0,75 M., im Durchschnitt 0,65 M. Mit landwirtschaftlichen Arbeiten (Feldarbeit, Hüttdienst, Holz, Beeren, Pilze sammeln u. c.) wurden 209 Kinder (18½ p.Ct.) beschäftigt. Sie hatten einen Wochenverdienst von 1,50 M. und darüber. Mit anderen Arbeiten (Holzschälen, Botendiensten, Fleischenspülen, Backwarenverkauf u. c.) waren 108 Kinder (9¾ p.Ct.) beschäftigt. Diese Arbeiten werden meist gegen Essen, Kleidung oder geringes Geld verrichtet. Ein Knabe bekam Brot statt Geld. Pferdejungen bekamen pro Woche 0,50 M. und Essen, Holzschälen bis 1,50 M. Doppelt oder mehrfach beschäftigt waren etwa 6 p.Ct. der Kinder. Die Arbeit begann meist 1 Uhr Mittags, aber bei 1 Kind zweimal in der Woche 2 Uhr früh, bei 1 Kind täglich 4 Uhr früh, bei 44 Kindern täglich 5 Uhr früh, bei 100 Kindern täglich ½6 oder 6 Uhr früh. Diese Arbeit endete meist 6 oder 7 Uhr Abends, aber bei 82 Kindern um 8 Uhr, bei 3 nach 10 Uhr. 1 Kind wurde im Sommer in einer Restauration vielfach bis 1 Uhr Nachts beschäftigt. 1 Kind war in jeder Woche einmal von 8 Uhr Abends bis ½3 Uhr früh beschäftigt. Die Dauer der Arbeitszeit war, von den Fällen fürzter Dauer abgesehen, wöchentlich 37–40 Stunden bei 329 Kindern, 40–50 bei 76 Kindern, 50–60 bei 18 Kindern, über 60 bei 3 Kindern; 993 Kinder arbeiteten 6 Tage, 78 alle 7 Tage. Die Rathwendigkeit der Erwerbsarbeit konnte nur bei 72 Kindern in Abrede gestellt werden, bei 421 war die Frage nicht zu entscheiden, bei den übrigen 637 bilde zweifellos die Notz die alleinige Ursache. Dabei hatten 883 der Kinder noch beide Eltern, 207 waren Halbwaisen, 18 Ganzwaisen, über den Rest fehlt eine Angabe.**

Über den Einfluß der Erwerbsarbeit auf die Schule wird berichtet, daß bisweilen die Hälfte der Klassen sitzen bleibt. Daran soll aber nach Ansicht des Pädagog. Ztg., die die obiger Zahlen mittheilt, die Überfüllung der Klassen die Hauptschuld tragen; denn auf jeden Lehrer mit Ausnahme der Hauptlehrer, kommen 126–140 Kinder. „Und dies angesichts der Thatsache“, fügt das genannte Blatt hinzu, „daß Langenbielau nicht nur einen, sondern mehrere Millionäre zu Bürgern zählt, die freilich an der Volksschule kein Interesse haben, da sie ihren Nachwuchs besser ausgestalteten Schulen zuweisen können“. Der häusliche Fleiß ist, wie die Lehrer versichern, jetzt mangelhaft: über Aufmerksamkeit und Leistungen der erwerbsfähigen Jugend wird nicht minder geklagt. „Man merkt die traurigen Folgen der übergrößen Ausnutzung der Kindeskraft“, schreibt ein Lehrer, „wenn man sieht, wie die eben erst erzünderten Kinder immer wieder in sich zusammenrücken, und wenn man daneben die Thatsache in Betracht zieht, daß der Prozenttag der erwerbsmäßig beschäftigten Kinder in den unteren Klassen ein bedeutend niedriger ist, als in den oberen Klassen, daß aber auch die Aufmerksamkeit und die Leistungen in den unteren Klassen verhältnismäßig besser sind, als in den oberen Klassen.“ – Ja, es sind wirklich herliche Früchte, die die „göttliche“ Weltordnung zeitungt!

Was sagt unser Minister des Geistes zu diesen beschämenden Thatsachen?

*** Streikposten in Liegnitz.** Reulich wurden, wie berichtet, zwei Arbeiter der Bielinerischen Schuhwarenfabrik, welche wegen Streikpostenstehens angeklagt waren, vom Sozialgericht freigesprochen, weil nach dem Erscheint durch dieselben Niemand belästigt worden ist. Hiergegen hat der Staatsanwalt das Rechtsmittel der Berufung eingezogen.

*** Schulverhältnisse in Oberschlesien.** Das auf dem Gebiete der Schule gerade in unsrer Provinz noch Vieles

in Argen liegt, ist bekannt. Auch bürgerliche Leute können sich diesen Nebenhänden gegenüber nicht verschließen, wie die Sitzung der Gemeindevertreter in Jawohdzic-Bogutschütz am 21. Februar beweist, in welcher die dortigen Schulverhältnisse besprochen wurden. Die Zahl der Schulkinder in Bogutschütz beträgt gegenwärtig 1052. Der Abgang beträgt zu Ostern etwa 100, der Zugang dagegen um 200 Kinder. Rechnet man einen Zugang im Laufe des Jahres von etwa 10 Prozent zu, so ergibt das eine Frequenz von 1252. Daß die vorhandenen Lehrkräfte, 12 an der Zahl, und ebenso die vorhandenen Schulräume dieser Schülerzahl nicht entsprechen, dessen sind sich, wie das „Oberschl. Tageblatt“ versichert, auch die Gemeindeinsassen bewußt. Immerhin werden noch etliche Jahre vergehen, ehe das projektierte neue Schulgebäude wird bezogen werden können. Die Regierung verlangt nunmehr von der Gemeinde die sofortige Neuansetzung von vier Lehrern, damit wenigstens nicht 100, sondern nur 75 bis 80 Schüler auf einen Lehrer kommen. Auch diese Zahl übersteigt ja noch die Kräfte des gewissenhaften Lehrers. Außerdem gibt die Regierung der Gemeinde die Schaffung von 4 Klassenzimmern auf, eventuell durch Mietung derselben in Privathäusern. Dann fährt der Bericht obigen Blattes fort: So sehr auch die Gemeinde bestreben ist, für ihre Schulen alles Mögliche zu thun, ist es ihr gleichwohl nicht möglich, die Last für vier neue Lehrer in ihrem Gemeindesäule jetzt schon aufzuerlegen, und sie hat daher nur zwei neue Lehrstellen bewilligt, in der Hoffnung, daß die Regierung diesem Beschuß vorläufig die Genehmigung ertheilt.

Wenn wird endlich einmal die Zeit kommen, in welcher das Geld des Volkes zuerst für Schulen und Bildungszwecke verwendet wird? Die Verbrechen und Vergehen in Oberschlesien reden eine deutliche Sprache von der mangelnden Erziehung des Volkes. Notz braucht aber der Kulturstaat all sein Geld für Gewehre, Vojonnette, Kanonen!

*** Wochenbericht des statistischen Amtes der Stadt Breslau.** In der Berichtswoche vom 12. Februar bis 18 Februar 1899 sind 60 Eheschließungen genehmigt worden. In der Vorwoche wurden 257 Kinder geboren. Davon waren 121 männlich, 45 unehelich, 246 lebend geboren (142 männlich, 104 weiblich), 11 todgeboren (8 männlich, 3 weiblich). Einzelheitlich der nachträglich gemeldeten sind 263 Sterbefälle (136 männlich, 127 weiblich) in der Berichtswoche vorgekommen. Todesursachen: Scharlach 1, Masern und Roteln —, Rose —, Diphtherie 2, Grippe —, Wochenbettfeier —, Reischusten 3, Unterleibstypus 1, Ruhr —, Durchfall 2, Magen- und Darmlatarrachitis 16, andere acute Darmkrankheiten 3, acuter Gelenk rheumatismus —, andere Infektionskrankheiten (das ist Influenza) 14, Krebs 11, Gehirninfektion 9, Krämpfe 18, andere Krankheiten des Gehirns 7, Lungenschwindsucht 36, Lungen- und Luftdröhren-Entzündung 43, andere akute Krankheiten der Atmungsorgane 6, andere Krankheiten der Atmungsorgane 7, Lebensstörer und Atrophie der Kinder 15, alle übrigen Krankheiten 60, Verunglückung 4, Selbstmord 3, Todschlag 1, Unbekannt 2.

*** Die städtische Lesehalle** bietet nicht, wie wir in Folge eines Druckschrifts berichten, für 20, sondern für 40–50 Personen bequem Platz.

*** Vortrag.** Am Sonntag, den 26. Februar, Abends 6 Uhr, hält Herr Prediger Birsche aus Nordhausen in der Erbauungshalle der Freien Religions-Gemeinde, Grünstraße Nr. 6, einen öffentlichen Vortrag über Leberecht Uhlich, den Mitbegründer der Freien Gemeinden. Freunde und Gönner sind willkommen.

*** Volkstheater Gebr. Rösler.** In dem morgen Sonntag von 11½–1½2 Uhr stattfindenden Frühstückskonzert verbunden mit Vorstellung findet außer den Solovorträgen auch die Aufführung des einzigen Lustspiels „Der Weiberfeind“ statt. Nachmittag 6 Uhr gelangt zuerst der einaktige Schwank „Das erste Mittagessen“ von Gorlik und danach das Original-Kunstspiel von Ch. Birch-Pfeiffer „Rosa und Rösler“ zur Aufführung. Sämtliche Rollen sind für die einzelnen Darsteller wie geschaffen, so daß diese beiden Stücke sicherlich einen durchschlagenden Erfolg zu verzeichnen haben werden und das Publikum das Theater sicherlich in animierter Stimmung und befreit verlassen wird.

*** Beim Besetzen eines Eisenbahnwagens** auf dem Richter Ober-Ufer-Bahnhof flürzte am 22. d. M. eine Frau vom Trittbrett herab und zog sich eine 5 cm lange Wunde am Unterschenkel des rechten Beines zu, so daß sie in ein Krankenhaus gebracht werden mußte.

*** Brandstiftung.** Am 23. d. M. Abends in der S. Sturzbramme abermals ein größerer Haufen fertiger, für Bahnhofswärter gesetzte Faschingen und zwar diesesmal zwischen der Hundsfelder- und Rosenthaler-Brücke, dicht am Oderufer zwischen dem Kanal und der alten Oder. Allem Anschein handelt es sich auch hier zweifellos um mutwillige, bezw. böswillige Brandstiftung.

*** Eine jugendliche Taschendiebin** wurde in einem Waatenhaus auf frischer That abgefischt.

*** Verbraukt.** In der Nacht zum 2. Januar wurde auf der Weinstraße ein Handwerkmeister von zwei Jungs überfallen, schwer mishandelt und seiner Taschenmarie verbraukt. Einer der Jungs wurde damals bald, der andere am 23. d. M. festgenommen. — Verhaftet wurden ferner zwei andere Jungs, welche einen Arbeiter 30 Pf. gewaltsam entrichten hatten.

*** Um das Fahrgeld geprellt** wurde ein Kutscher von einem Manne, welcher in der Nacht zum 23. d. M. von der Universitätbrücke bis zum Mauritiusplatz fuhr und dort aus der Troschke sprang und davon lief. Der Junge trug dunklen Anzug und schwärzen breiten Hut.

*** Aus dem Polizeibericht.** In das Polizeigeschäft wurden am 23. d. M. 22 Personen eingeliefert — Gevallen den wurden: ein Fächer, Kinderhandtuch, ein Grünheringsreuz, ein Milchsafz, ein Maulkorb, eine Brosche, eine Halskette, eine Brille, ein Trauring, zehn Mark, ein Bleizipfel und ein gefülltes Portemonnaie. — Abhanden kamen: zwei Trauringe, gez. E. P. 10. 98 und O. W. 5. 9. 20, eine goldene Kette, eine Manschette mit goldenem Knopf, eine Uhr, Nr. 189428, ein Tuch, ein Fächer, Spiegel und Seidenstoff, vier Pfandscheine und zwei Portemonnaies mit 4 und 14 Mark.

Errichtung eines Arbeitersekretariats in Breslau.

Das Gewerkschafts-Kartell für Breslau und Umgegend beschäftigte in der Mitglieder-Versammlung, die Freitag, den 24. Februar 1899 in Hotel Borsig stattfand, mit der Frage der Errichtung eines Arbeiter-Sekretariats in Breslau. Vor Eintritt in die Tagessitzung wurde der Antrag gestellt, den anwesenden Berichterstatter des General-Anzeiger von der Versammlung auszuschließen. Die Versammlung lehnte den Antrag ab. Der Rechtsrat, Buchbinder Reulich, führte in seinem fünfzehnminütigen Vortrage unter Anderem aus, daß wir hier in Breslau verhältnismäßig spät an diese Frage der Errichtung eines Arbeiter-Sekretariats herangetreten, nachdem eine ganze Reihe anderer Städte damit vorangegangen ist. Es kann nicht gesagt werden, daß hier diese Errichtung etwa nicht so notwendig wäre. Gerade in Breslau

sind die Bestimmungen betr. Sozialgesetzbuchung in Arbeiterkreisen noch äußerst wenig bekannt. Redner schildert an der Hand der Jahresberichte, speziell des Nürnberger Arbeiter-Sekretariats, welchen ungeahnten Aufschwung diese bestehenden Institute genommen haben. Beispieldeweise ist das Nürnberger Sekretariat im Jahre 1894/95 von 6839 Personen, 1895/96 von 8411 Personen, 1896/97 von 11,610 Personen und 1898 von 13,938 Personen in Anspruch genommen worden. Hauptthöchst handelt es sich um Unfallverletzte, welche mit den Berufsgenossenschaften harde Kämpfe zu bestehen haben. Aber auch in Alters- und Invaliditäts-Versicherungs-Sachen, im Gewerbe-Schichtsachen, und ebenfalls in Renten- und Versicherungsangelegenheiten. In Breslau werden die Redaktion und Expedition der „Volkswacht“ täglich von Zeugestellern überlaufen. Die Vorstände der Gewerkschaften, sowie die Auskunftsstellen des Arbeitervertrervereins und die Gewerbegerichtsbüro sind sehr viel in Anspruch genommen. Hierbei muß man bedenken, daß diese doch nur während ihrer freien Zeit Auskunft ertheilen können. Die Kardinalfrage ist nun allerdings der Kostenpunkt. In Nürnberg steht pro Kopf der organisierten Arbeiter monatlich 10 Pf. geahnt worden. Würde dies auch in Breslau durchführbar sein, so wäre die Kostenfrage gedeckt. Redner schlägt den Delegierten vor, diese Angelegenheit in ihren Gewerkschaften recht bald zur Sprache zu bringen und das Interesse ihrer Kollegen dafür zu wecken, denn wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg. In der Diskussion sprechen die Genossen Abel, Hamann, Fläschel, Neuberg und Beyer ihre Bedenken in finanzieller Hinsicht aus, während die Genossen Siegmund, Geissler, Sacher, Reiter und Hartel sich mit dem Referenten einverstanden erklären. Die Versammlung nahm darauf folgende Resolution einstimmig an:

Das Gewerkschaftskartell hält die Errichtung eines Arbeiter-Sekretariats in Breslau für dringend nothwendig. Die Delegierten verpflichten sich, dafür zu sorgen, daß ihre Brüdergenossen sich innerhalb vier Wochen über die Frage der Errichtung eines Arbeiter-Sekretariats einzuhören und erfahren, ob sie gewillt sind, vom 1. Juli d. J. 10 Pf. pro Monat für die Zwecke des Arbeiter-Sekretariats zu neuern."

Die Versammlung wählte hierauf eine aus den Delegierten Siegmund, Reiter, Beyer, Hartel und Scholz bestehende Kommission, deren Aufgabe es ist, gemeinsam mit dem Vorstande die vorbereitenden Arbeiten in Sachen des Arbeiter-Sekretariats zu erledigen. An Stelle eines aus verschiedenen Redaktoren wählt man als solchen Echter Höchst, worauf die Versammlung um 11 Uhr geschlossen wurde. Ohne Entschuldigung fehlten: Glasen, Lederer, Müller, Wagnleit, Scholz, Metallarbeiter Leuber und Kordyle, Steinzeuger Wissler, Böttcher Jakob und Maurer Schirdewahn.

Verhandlung der Gewerbegerichtsbüro (Arbeitnehmer). In der am 23. d. M. abgehaltenen Versammlung genannter Verhandlung hielt Herr Reulich einen Vortrag über die Statistik des Gewerbegerichts betreffend die bei denselben im Jahre 1898 anhängig gewordenen und erledigten Streitsachen. Im Anschluß wurde beschlossen, an den Magistrat das Erleben zu richten, jedem Bevölker einen Bericht über die Thätigkeit des Gewerbegerichts zu übermitteln. Bei der Befreiung interessanter Fälle aus der Praxis führte Kollege Heyppner einen Fall aus der letzten Zeit an, in welchem ein nach Wahrnehmung von 4 Verhandlungsterminen obgleich der Kläger mit dem Anspruch auf Entschädigung der ihm durch die Termine entstandene Zeitversäumnis abgewiesen wurde. Das Gesuch betrug 1,50 M., welchen Betrag sich der beklagte Arbeitgeber als Entschädigung für einen angeblich vom Kläger verursachten Hammer vom Sohne eingeschlagen, hatte. Im letzten Termine wurde der Kläger zur Bezahlung des eingelagerten Betrages an den Kläger verurtheilt. Zu dem von diesem gestellten Antrage, ihm für die durch das Er scheinen bei dem Gericht entstandene Verzäumnis eine Entschädigung anzubieten, bemerkte der Vorsitzende Herr Stadtrath Menzel, daß er dies nicht könne, weil das Gesetz hierzu keine feste Handhabe bietet. Diese Ansicht ist offenbar eine irre, denn § 52, Abs. 2 des Gesetzes betreffend die Gewerbegerichtsverhandlung ist ausdrücklich zulässig, bemerkte der Vorsitzende Herr Stadtrath Menzel, daß er dies nicht könne, weil das Gesetz hierzu keine feste Handhabe bietet. Diese Ansicht ist offenbar eine irre, denn § 52, Abs. 2 des Gesetzes betreffend die Gewerbegerichtsverhandlung ist ausdrücklich zulässig, bemerkte der Vorsitzende Herr Stadtrath Menzel, daß er dies nicht könne, weil das Gesetz hierzu keine feste Handhabe bietet. Diese Ansicht ist offenbar eine irre, denn § 52, Abs. 2 des Gesetzes betreffend die Gewerbegerichtsverhandlung ist ausdrücklich zulässig, bemerkte der Vorsitzende Herr Stadtrath Menzel, daß er dies nicht könne, weil das Gesetz hierzu keine feste Handhabe bietet. Diese Ansicht ist offenbar eine irre, denn § 52, Abs. 2 des Gesetzes betreffend die Gewerbegerichtsverhandlung ist ausdrücklich zulässig, bemerkte der Vorsitzende Herr Stadtrath Menzel, daß er dies nicht könne, weil das Gesetz hierzu keine feste Handhabe bietet. Diese Ansicht ist offenbar eine irre, denn § 52, Abs. 2 des Gesetzes betreffend die Gewerbegerichtsverhandlung ist ausdrücklich zulässig, bemerkte der Vorsitzende Herr Stadtrath Menzel, daß er dies nicht könne, weil das Gesetz hierzu keine feste Handhabe bietet. Diese Ansicht ist offenbar eine irre, denn § 52, Abs. 2 des Gesetzes betreffend die Gewerbegerichtsverhandlung ist ausdrücklich zulässig, bemerkte der Vorsitzende Herr Stadtrath Menzel, daß er dies nicht könne, weil das Gesetz hierzu keine feste Handhabe bietet. Diese Ansicht ist offenbar eine irre, denn § 52, Abs. 2 des Gesetzes betreffend die Gewerbegerichtsverhandlung ist ausdrücklich zulässig, bemerkte der Vorsitzende Herr Stadtrath Menzel, daß er dies nicht könne, weil das Gesetz hierzu keine feste Handhabe bietet. Diese Ansicht ist offenbar eine irre, denn § 52, Abs. 2 des Gesetzes betreffend die Gewerbegerichtsverhandlung ist ausdrücklich zulässig, bemerkte der Vorsitzende Herr Stadtrath Menzel, daß er dies nicht könne, weil das Gesetz hierzu keine feste Handhabe bietet. Diese Ansicht ist offenbar eine irre, denn § 52, Abs. 2 des Gesetzes betreffend die Gewerbegerichtsverhandlung ist ausdrücklich zulässig, bemerkte der Vorsitzende Herr Stadtrath Menzel, daß er dies nicht könne, weil das Gesetz hierzu keine feste Handhabe bietet. Diese Ansicht ist offenbar eine irre, denn § 52, Abs. 2 des Gesetzes betreffend die Gewerbegerichtsverhandlung ist ausdrücklich zulässig, bemerkte der Vorsitzende Herr Stadtrath Menzel, daß er dies nicht könne, weil das Gesetz hierzu keine feste Handhabe bietet. Diese Ansicht ist offenbar eine irre, denn § 52, Abs. 2 des Gesetzes betreffend die Gewerbegerichtsverhandlung ist ausdrücklich zulässig, bemerkte der Vorsitzende Herr Stadtrath Menzel, daß er dies nicht könne, weil das Gesetz hierzu keine feste Handhabe bietet. Diese Ansicht ist offenbar eine irre, denn § 52, Abs. 2 des Gesetzes betreffend die Gewerbegerichtsverhandlung ist ausdrücklich zulässig, bemerkte der Vorsitzende Herr Stadtrath Menzel, daß er dies nicht könne, weil das Gesetz hierzu keine feste Handhabe bietet. Diese Ansicht ist offenbar eine irre, denn § 52, Abs. 2 des Gesetzes betreffend die Gewerbegerichtsverhandlung ist ausdrücklich zulässig, bemerkte der Vorsitzende Herr Stadtrath Menzel, daß er dies nicht könne, weil das Gesetz hierzu keine feste Handhabe bietet. Diese Ansicht ist offenbar eine irre, denn § 52, Abs. 2 des Gesetzes betreffend die Gewerbegerichtsverhandlung ist ausdrücklich zulässig, bemerkte der Vorsitzende Herr Stadtrath Menzel, daß er dies nicht könne, weil das Gesetz hierzu keine feste Handhabe bietet. Diese Ansicht ist offenbar eine irre, denn § 52, Abs. 2 des Gesetzes betreffend die Gewerbegerichtsverhandlung ist ausdrücklich zulässig, bemerkte der Vorsitzende Herr Stadtrath Menzel, daß er dies nicht könne, weil das Gesetz hierzu keine feste Handhabe bietet. Diese Ansicht ist offenbar eine irre, denn § 52, Abs. 2 des Gesetzes betreffend die Gewerbegerichtsverhandlung ist ausdrücklich zulässig, bemerkte der Vorsitzende Herr Stadtrath Menzel, daß er dies nicht könne, weil das Gesetz hierzu keine feste Handhabe bietet. Diese Ansicht ist offenbar eine irre, denn § 52, Abs. 2 des Gesetzes betreffend die Gewerbegerichtsverhandlung ist ausdrücklich zulässig, bemerkte der Vorsitzende Herr Stadtrath Menzel, daß er dies nicht könne, weil das Gesetz hierzu keine feste Handhabe bietet. Diese Ansicht ist offenbar eine irre, denn § 52, Abs. 2 des

nie und nimmer auf sich nehmen würden, wenn sie der Staat nicht dazu zwinge. Die genannte Zeitungskorrespondenz sagt:

"Was die Vertheilung der Lasten auf die drei in Betracht kommenden Faktoren betrifft, so werden von den durchschnittlichen jährlichen Gesamtkosten der gewerblichen Arbeiterversicherung für jeden Versicherten von den Arbeitgebern 22,16 M., von den Arbeitern 14,94 M. und vom Reich (Invaliditäts- und Altersversicherungsfonds) 2,88 M. aufgebracht. Hierauf zählen die Arbeitgeber im Gesamtdurchschnitt für die gewerbliche Arbeiterversicherung rund 50 Prozent an Beiträgen mehr als die Arbeiter."

Wenn sich daran die Noblesse der Unternehmer zeigen soll, so ist das Beispiel herzlich schlecht gewählt. Daß z. B. die Unternehmer für die in ihren Betrieben vorkommenden Unfälle in Gestalt des Beitrags an die Unfallversicherung wenigstens einen Theil des Schadens dem verunglückten Arbeiter erzeigen müssen, ist doch kein Beweis für ihren Edelmut, denn nach dem Haftpflicht-Gesetz würden ihnen die Unterlassungsfürsten, die sie sich in Beziehung auf die Unfallversicherung zu Schulden kommen lassen, unter Umständen viel höher angekreidet werden. Zu den übrigen Zweigen der Arbeiterversicherung — zur Kranken-, Invaliditäts- und Altersversicherung — zahlen aber die Unternehmer nicht mehr, sondern zum Theil weniger als die Arbeiter.

Entscheidend ist jedoch, daß der Unternehmer die Beiträge, die er für die Arbeiterversicherung aufwenden muß, aus dem Betriebe seines Geschäfts wieder herauszulösen kann, was wohl nur in sehr seltenen Fällen nicht geschieht. Uebrigens haben die Arbeiter sich durchaus nicht nach den

Beiträgen der Unternehmer gefehlt, denn sie müßten mit diesen Beiträgen ihre Selbstständigkeit im Versicherungswesen aufgeben.

Neueste Nachrichten.

Die dänische Zeitung "Politiken" publiziert angeblich auf Grundlage russischer Informationen einen Aufsatz erlegenden Artikels, in welchem die Nachricht verzeichnet wird, daß der russische Kaiser seit Monaten nicht an der Regierung teilgenommen hat, dagegen tatsächlich Großfürst Michael an der Spitze der Regierung steht. Dieses hochwichtige Ereignis soll schon nach der Publikation der ersten Abschlußnote eingetreten sein. Als Grund werden zwei Versionen angegeben: erstens Gesundheitsrücksichten, zweitens aktive Schritte, die von gewissen Kreisen aus der Umgebung des Kaisers unternommen wurden.

Das sieht ja ganz nach einer Palastrevolution aus!

Die französische Regierung beschloß ein energisches Vorgehen gegen die Patriotenliga. Alle Häupter derselben sollen wegen Komplotts gegen die Republik unter Anklage gestellt werden, ebenso wird gegen Drumont und Hochfort wegen Beleidigung Louvels Anklage erhoben. Bei einigen Generälen wurden Haussuchungen abgehalten, die den Plan einer Verschwörung im Interesse des Herzogs von Orleans verschwiegen haben sollen. Veranlaßt wurden die Haussuchungen durch die Beschlagnahme von Papieren, die der Patriotenliga gehörten.

Nach Mitteilungen, welche die amerikanische Regierung aus Manila erhalten hat, soll die Lage der Amerikaner bedenklich und ihre Verluste bei den letzten Angriffen auf Manila bedeutsam sein.

Standesamtliche Nachrichten.

Vom 24. Februar.

Geburts- und Todesfälle: II. Schwed Max Weise, Neudorfstraße 84a, und Anna Wels, Neudorfstraße 84. Geburten: I. Bläsermeister Carl Stumpf, Vierstr. 39, mit Witwe Maria Weiß, geb. Scholz, Weidenstraße 8b. — Arbeiter Gustav Ritter, Lessingstr. 11, mit Agnes Weiß, Klosterstraße 39. — III. Maurer Paul Brix, Matthäustr. 187, mit Hedwig Smitska, Matthäustr. 180. — Zimmermann Richard Walter, Hirschstr. 79, mit Anna Nowak, Hirschstr. 52. Geburten: IV. Arbeiter Paul Thomas, T. — Pfistler Julius Günther, T. — Haushalter Carl Schneller, S. — Arbeiter Carl Humpa, S.

Todesfälle: I. Tischlerfrau Anna Menzel, geb. Postawka, 42 J. — Else, T. des Schuhmachers August Bittel, 5 J. — Leo. Bläsermeisterin Martha Matzel, 20 J. — Brem. Nagelschmiedemeisterin Elisabeth Grosser, geb. Reiter, 75 J. — Dreher Julius Gewoh, 36 J. — Brehl. Anna Kolben, geb. Kleff, 59 J. — II. Walther, S. des Schmieds Heinrich Lüschke, 2 Wch. — Clara, T. des Arbeiters Robert Wolf, 3 Mon. — Arbeiter Gottlieb Gose, 54 J. — Paula Wiedermann, ohne Stand, 25 J. — Arbeiter Franz Schäfer, 61 J. — Erb. S. des Schachtmachers Ludwig George, 2 Mon. — Hermann, S. des Arbeiters Gustav Späder, 2 J. — Ida T. des Arbeiters Carl Renner, 7 Mon. — III. Ernst, S. des Haushalters Franz Hasse, 2 J. — Frieda, T. des hier verstorbene Haushalters Paul Taub, 1 J. — Komptordienertypistin Dorothea Wöschner, geb. Tochne, 56 J. — Hedwig, T. des Goldarbeiters Paul Ottler, 2 J. — Bierverkäufer August Bittel, 48 J. — Heizer Gottlieb Treffer, 54 J. — Hertha, T. des Arbeiters Paul Klona, 1 J. — Früh. Schuhhändler Ernst Wappner, 64 J. — Tischlerswitwe Marie Hubert, geb. Heinze, 72 J. — VI. Kaufmann Sigismund Streit, 56 J. — Schuhmacherfrau glossia Wehner, geb. Illi, 30 J. — Kutschersfrau Anna Helfer, geb. Simonisch, 30 J.

Vereins-Kalender.

Sonntagsabend.

Central-Verein und Siebtecke der deutschen Böttcher, Cossenbach: Sonntagsabend.

Deutscher Böttcher-Verein, Jeden Sonntagsabend nach dem 1. u. 15. jeden Monats.

Deutscher Schuharbeiter-Verein, Böhmisches Brot, Sonntagsabend Abends 8 Uhr, in Jaenisch-Straße 5 u. Reinhardtstraße 5 a, Carl, Bürgfeld, 14. Bierseidelgäßchen Sonnabend ab 9 Uhr Margarethenstr. 2. Alle 14 Tage bei Schäfer, Kupferschmiedest. 27 Uhr auf der Orgel.

Deutscher Metallarbeiter-Verein (Sektion der Klempner.) Abends 8 Uhr ab 9 Uhr im Local des Herrn Gabel, Kleine Proschwagasse 15. — Unterricht der Bibliotheksbücher.

Vereinigung der in Fabrikarbeiten u. Werkstätten beschäftigten Arbeiter u. Arbeitertinnen Deutschlands, Böhmische Brüder, Böhmische und Lusat. Soziale Union, Mitglieder im Hotel Böhm, Karls-Straße 16. I. Arbeitsnachweis bei Georg Härtel, Sonnenstr. 10, I. Arbeitsnachweise 8—11 Uhr und Abends 7—8 Uhr.

Sozialverein der Stroh- und Filzfabrikarbeiter und Arbeitertinnen, Böhmische und Lusat. Sonntagsabend von 8—10 Uhr in Sonnenstrasse 21.

Verein der Gold- u. Silberarbeiter und verwandter Berufsgenossen, Böhmisch-Rabenaltestraße 9a.

Goldarbeiter, Jeden 2. Sonntagsabend im Monat Mittl. Versammlung, Restaurant Herrn Pohl, Rosenhauerstraße 3 a, Görlitz willkommen.

Central-Verein der Töpfer, Jeden Sonntagsabend nach dem ersten und fünfzehnten jeden Monats Mitglieder-Versammlung, so wie alle Sonntagsabende im Hotel "Zum Goldenen Löwen", Kämmergasse 15.

Vereinigung der Töpfer, Töpferarbeiter u. verw. Berufsgenossen, Jeden Donnerstag Versammlung, Sonntagsabend Sozialabend und Aufnahme neuer Mitglieder ab 6—7 Uhr, in den „drei Lauben“ Neumarkt 8.

Allgemeine Kranken- und Sterbe-Kasse, „Union“, Deutsches Brauerei, Herrenstraße 19. Abends 7 Uhr Anfang und Aufnahme neuer Mitglieder.

Central-Verein der Töpfer, Töpferarbeiter, Jeden Sonntagsabend im Hotel "Zum Goldenen Löwen", Kämmergasse 15.

Zentral-Verein der Tapeten- und Papierarbeiter, Versammlung im "Grünen Engel", Kämmersiedlungstraße 29. Görlitz willkommen.

Umwertungsverein deutscher Arbeiter, Jeden Sonntagsabend von 8—10 Uhr ab, sofern es im Local "Zum Goldenen Löwen", Kämmersiedlung, Görlitz, umgegangen, abends von 8—10 Uhr aufgenommen. Versammlung: 3x im Monat.

Verband der Töpfer, Tapeten- und Berlin. Gesetze, Böhmische Böhm. Mitglieder-Versammlung, jeden 2. u. 4. Sonntagsabend im Hotel, sowie jeden Sonntagsabend Kämmersiedlung im Hotel "Zum Goldenen Löwen", Kämmersiedlung 15. Arbeitsnachweis bei Carl Tipp, Böhmische 85 a, Kämmersiedlung 1—2 Uhr, abends von 6—7½ Uhr.

Geschäftsmeister, Verein für Groß- und Kleinsthandel, Kämmersiedlung 15. Görlitz 8 Uhr ab 9 Uhr bis 11 Uhr.

Centralverein der Böttcher Deutschlands, Böhmische Böhm. Sozialabend, Kämmersiedlung 15. Görlitz 8 Uhr ab 9 Uhr bis 11 Uhr.

Central-Verein der Böttcher, Böhmische Böhm. Mitglieder-Versammlung, jedes 2. u. 4. Sonntagsabend im Hotel "Zum Goldenen Löwen", Kämmersiedlung 15.

Central-Verein der deutschen Töpfer Böhmische Böhm. Sozialabend, Jeden Sonntagsabend von 8—10 Uhr ab, sofern es im Local "Zum Goldenen Löwen", Kämmersiedlung, Görlitz, umgegangen, abends von 8—10 Uhr aufgenommen. Versammlung: 3x im Monat.

Central-Verein der Böttcher, Böhmische Böhm. Mitglieder-Versammlung, jedes 2. u. 4. Sonntagsabend im Hotel "Zum Goldenen Löwen", Kämmersiedlung 15.

Central-Verein der Böttcher, Böhmische Böhm. Mitglieder-Versammlung, jedes 2. u. 4. Sonntagsabend im Hotel "Zum Goldenen Löwen", Kämmersiedlung 15.

Central-Verein der Böttcher, Böhmische Böhm. Mitglieder-Versammlung, jedes 2. u. 4. Sonntagsabend im Hotel "Zum Goldenen Löwen", Kämmersiedlung 15.

Central-Verein der Böttcher, Böhmische Böhm. Mitglieder-Versammlung, jedes 2. u. 4. Sonntagsabend im Hotel "Zum Goldenen Löwen", Kämmersiedlung 15.

Central-Verein der Böttcher, Böhmische Böhm. Mitglieder-Versammlung, jedes 2. u. 4. Sonntagsabend im Hotel "Zum Goldenen Löwen", Kämmersiedlung 15.

Central-Verein der Böttcher, Böhmische Böhm. Mitglieder-Versammlung, jedes 2. u. 4. Sonntagsabend im Hotel "Zum Goldenen Löwen", Kämmersiedlung 15.

Central-Verein der Böttcher, Böhmische Böhm. Mitglieder-Versammlung, jedes 2. u. 4. Sonntagsabend im Hotel "Zum Goldenen Löwen", Kämmersiedlung 15.

Central-Verein der Böttcher, Böhmische Böhm. Mitglieder-Versammlung, jedes 2. u. 4. Sonntagsabend im Hotel "Zum Goldenen Löwen", Kämmersiedlung 15.

Central-Verein der Böttcher, Böhmische Böhm. Mitglieder-Versammlung, jedes 2. u. 4. Sonntagsabend im Hotel "Zum Goldenen Löwen", Kämmersiedlung 15.

Central-Verein der Böttcher, Böhmische Böhm. Mitglieder-Versammlung, jedes 2. u. 4. Sonntagsabend im Hotel "Zum Goldenen Löwen", Kämmersiedlung 15.

Central-Verein der Böttcher, Böhmische Böhm. Mitglieder-Versammlung, jedes 2. u. 4. Sonntagsabend im Hotel "Zum Goldenen Löwen", Kämmersiedlung 15.

Central-Verein der Böttcher, Böhmische Böhm. Mitglieder-Versammlung, jedes 2. u. 4. Sonntagsabend im Hotel "Zum Goldenen Löwen", Kämmersiedlung 15.

Central-Verein der Böttcher, Böhmische Böhm. Mitglieder-Versammlung, jedes 2. u. 4. Sonntagsabend im Hotel "Zum Goldenen Löwen", Kämmersiedlung 15.

Central-Verein der Böttcher, Böhmische Böhm. Mitglieder-Versammlung, jedes 2. u. 4. Sonntagsabend im Hotel "Zum Goldenen Löwen", Kämmersiedlung 15.

Central-Verein der Böttcher, Böhmische Böhm. Mitglieder-Versammlung, jedes 2. u. 4. Sonntagsabend im Hotel "Zum Goldenen Löwen", Kämmersiedlung 15.

Central-Verein der Böttcher, Böhmische Böhm. Mitglieder-Versammlung, jedes 2. u. 4. Sonntagsabend im Hotel "Zum Goldenen Löwen", Kämmersiedlung 15.

Central-Verein der Böttcher, Böhmische Böhm. Mitglieder-Versammlung, jedes 2. u. 4. Sonntagsabend im Hotel "Zum Goldenen Löwen", Kämmersiedlung 15.

Central-Verein der Böttcher, Böhmische Böhm. Mitglieder-Versammlung, jedes 2. u. 4. Sonntagsabend im Hotel "Zum Goldenen Löwen", Kämmersiedlung 15.

Central-Verein der Böttcher, Böhmische Böhm. Mitglieder-Versammlung, jedes 2. u. 4. Sonntagsabend im Hotel "Zum Goldenen Löwen", Kämmersiedlung 15.

Central-Verein der Böttcher, Böhmische Böhm. Mitglieder-Versammlung, jedes 2. u. 4. Sonntagsabend im Hotel "Zum Goldenen Löwen", Kämmersiedlung 15.

Central-Verein der Böttcher, Böhmische Böhm. Mitglieder-Versammlung, jedes 2. u. 4. Sonntagsabend im Hotel "Zum Goldenen Löwen", Kämmersiedlung 15.

Central-Verein der Böttcher, Böhmische Böhm. Mitglieder-Versammlung, jedes 2. u. 4. Sonntagsabend im Hotel "Zum Goldenen Löwen", Kämmersiedlung 15.

Central-Verein der Böttcher, Böhmische Böhm. Mitglieder-Versammlung, jedes 2. u. 4. Sonntagsabend im Hotel "Zum Goldenen Löwen", Kämmersiedlung 15.

Central-Verein der Böttcher, Böhmische Böhm. Mitglieder-Versammlung, jedes 2. u. 4. Sonntagsabend im Hotel "Zum Goldenen Löwen", Kämmersiedlung 15.

Central-Verein der Böttcher, Böhmische Böhm. Mitglieder-Versammlung, jedes 2. u. 4. Sonntagsabend im Hotel "Zum Goldenen Löwen", Kämmersiedlung 15.

Central-Verein der Böttcher, Böhmische Böhm. Mitglieder-Versammlung, jedes 2. u. 4. Sonntagsabend im Hotel "Zum Goldenen Löwen", Kämmersiedlung 15.

Central-Verein der Böttcher, Böhmische Böhm. Mitglieder-Versammlung, jedes 2. u. 4. Sonntagsabend im Hotel "Zum Goldenen Löwen", Kämmersiedlung 15.

Central-Verein der Böttcher, Böhmische Böhm. Mitglieder-Versammlung, jedes 2. u. 4. Sonntagsabend im Hotel "Zum Goldenen Löwen", Kämmersiedlung 15.

Central-Verein der Böttcher, Böhmische Böhm. Mitglieder-Versammlung, jedes 2. u. 4. Sonntagsabend im Hotel "Zum Goldenen Löwen", Kämmersiedlung 15.

Central-Verein der Böttcher, Böhmische Böhm. Mitglieder-Versammlung, jedes 2. u. 4. Sonntagsabend im Hotel "Zum Goldenen Löwen", Kämmersiedlung 15.

Central-Verein der Böttcher, Böhmische Böhm. Mitglieder-Versammlung, jedes 2. u. 4. Sonntagsabend im Hotel "Zum Goldenen Löwen", Kämmersiedlung 15.

Central-Verein der Böttcher, Böhmische Böhm. Mitglieder-Versammlung, jedes 2. u. 4. Sonntagsabend im Hotel "Zum Goldenen Löwen", Kämmersiedlung 15.

Central-Verein der Böttcher, Böhmische Böhm. Mitglieder-Versammlung, jedes 2. u. 4. Sonntagsabend im Hotel "Zum Goldenen Löwen", Kämmersiedlung 15.

Central-Verein der Böttcher, Böhmische Böhm. Mitglieder-Versammlung, jedes 2. u. 4. Sonntagsabend im Hotel "Zum Goldenen Löwen", Kämmersiedlung 15.

Central-Verein der Böttcher, Böhmische Böhm. Mitglieder-Versammlung, jedes 2. u. 4. Sonntagsabend im Hotel "Zum Goldenen Löwen", Kämmersiedlung 15.

Central-Verein der Böttcher, Böhmische Böhm. Mitglieder-Versammlung, jedes 2. u. 4. Sonntagsabend im Hotel "Zum Goldenen Löwen", Kämmersiedlung 15.

Central-Verein der Böttcher, Böhmische Böhm. Mitglieder-Versammlung, jedes 2. u. 4. Sonntagsabend im Hotel "Zum Goldenen Löwen", Kämmersiedlung 15.

Central-Verein der Böttcher, Böhmische Böhm. Mitglieder-Versammlung, jedes 2. u. 4. Sonntagsabend im Hotel "Zum Goldenen Löwen", Kämmersiedlung 15.

Central-Verein der Böttcher, Böhmische Böhm. Mitglieder-Versammlung, jedes 2. u. 4. Sonntagsabend im Hotel "Zum Goldenen Löwen", Kämmersiedlung 15.

Central-Verein der Böttcher, Böhmische Böhm. Mitglieder-Versammlung, jedes 2. u. 4. Sonntagsabend im Hotel "Zum Goldenen Löwen", Kämmersiedlung 15.

3 aussergewöhnlich billige Verkaufstage:

Sonntag,

den 26.

Montag,

den 27.

Dienstag,

den 28.

Sonntag von 11 bis 2 Uhr geöffnet.

Nur für Sonntag, Montag und Dienstag gültig!

Ein grosser Posten couleurete Damen-Glacé-Handschuhe zum Aussuchen . . . jedes Paar	48 Pfg.
Ein grosser Posten schwarze Herren-Glacé-Handschuhe mit Druckknopf . . . jedes Paar	68 Pfg.
Herren-Cravatten (Regattas) mit Binde	15 Pfg.
Schleifen . . . das Stück	3 und 8 Pfg.
Ein grosser Posten schwarze Kinderstrümpfe für das Alter von 3—7 Jahren, „echt schwarz“ nur so lange der Vorrath reicht, durchschnittlich das Paar	6 Pfg.

Nur für Sonntag, Montag und Dienstag gültig!

Ein Posten Kaffeedecken mit bunter Borde und Franzen. Stück	48 Pfg.
Ein Posten Tischtücher , richtige Grösse, ca. 1 m Quadrat, Stück	59 Pfg.
Ein Posten Handtücher , 50 cm breit, 110 cm lang (nur im Dutzend zu haben), das Dutzend	2,95 Mk.
Einzelne Servietten . . . Stück	15 Pfg.
Einzelne Warp-Oberröcke , das Stück	1,10 Mk.
Einzelne Tuch-Oberröcke , das Stück	2,75 Mk.

Nur für Sonntag, Montag und Dienstag gültig!

Einzelne Warpblousen , das Stück	95 Pfg.
Einzelne Damen-Schlaf- röcke , das Stück	1,85 Mk.
Wasch-Costüme für Damen in allen Grössen	1,50 Mk.
Knaben-Anzüge , blau Cheviot, für das Alter von 3—5 Jahren, durchschnittlich	1,90 Mk.
Circa 3000 Parade-Handtücher mit den wunderschönsten Zeichnungen, das Stück	19 Pfg.
Fertig gestickte „Trompeter von Säkkingen“, das Stück	59 Pfg.
Elegant gestickte Java- läufer . . . das Stück	2,25 Mk.

Dienstag, den 28. Februar: Grosser Resteverkauf.

Keine Hausfrau versäume diese günstige Gelegenheit.

Waarenhaus Messow & Waldschmidt

Schmiedebrücke 51.

Auf Theilzahlung!

Möbel, Spiegel, Polsterwaren, Bilder, Uhren, Sensen, Schöne große Regulatoren bei Theil Zahlung kaufen, welche preiswürdig.

Der Kaffe mit ganz geringem Kosten, da jede Fabrikarbeit erzielt wird und nur die wichtigste Lagerhaltung wird.

Gebr. Buchmann,
Kleine Holzstraße 7, am Weißplätz.

Inventur-Ausverkauf

nur 1 Woche 1. 27. Februar bis 4. März

10—40%
Ermässigung

Jede Kundin kann die
Preiserhöhung selbst mit
den auf den Etiquetten ver-
merkten festen Preisen
vergleichen.

für jüngere und jüngste Kleiderstoffe,
Jaquets, Umhänge, Blousen, Kleider, jetzt als ältere
Wäsche, Unterrocke, einzige Tischtücher, Hand-
tücher, Portières, Gardinen, Triestagen etc.

Beste Kleiderstoffe, Ziehen, Hosen,
Handtücher etc. zu spottbilligen Preisen.

F. Silberstein,
Friedr.-Wilhelmstr. 71,
alte Schmitzstr.

Die

Phönix
ist die Beste!
Wäse-Stopf- und Stück-Apparat.

Jul. Dressler & Co.
Breslau, Ring 6.

Confirmanden-Anzüge

Herren-Sarderale, Arbeitssachen
nach Maß und größte Auswahl.

Consum-Waren-Haus

Max Nennschoff
69 Friedrich-Wilhelmstraße 69
(1. Stock nach links).
Beste Bedienung! Feste Preise!

Gebr. Fahrräder
von 50 Mk.
an, Pneumatik-
Reifen in Folge
groß. Abschlässe
außergewöhnlich billig. Verleihung
von Fahrrädern.
Fritz Heidenreich,
Friedr.-Schinkelstr. 5 u. Walfischstr. 4

Theodor Buchali,
Zwingerplatz 1,
empfiehlt
zur Hecke alle
hierzu gehörigen
Geräthschaften.
Prämiertes Vogelfutter.
Züchter gewähre ich
• Engros-Preise.



Robert Schuppe,
Hannoverschestr. — Nicolaistraße 34.
empfiehlt sein wohlfühlendes Lager
in eleganten festen gut gearbeiteten
Herren- und Knabenanzügen
zu außergewöhnlichen Preisen. 4614
Bitte genau auf die Farbe zu achten.
• Gebrannte Caffee's •
vorzüglich im Gefüll mit 4283
per Pd. 6, 7, 8, 9, 10, 11 Pfg.
Bestes Schweineschmalz Pd. 17.—
Firma Räuchererspeck, Pd. 65 Pfg.
Hochf. Margarine, 50, 58 u. 65 Pfg.
Bohnen u. Erbsen, Pd. 10 Pfg.
Entes Backobst, Pd. 25 u. 30 Pfg.
Kartoffel-Püree 4492
Ferdinand Peranzi, Gasse 45.